

Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt

von

Tristan Abromeit

Dezember 2007

www.tristan-abromeit.de

Text 56.16

(1 +38 Seiten)

C. Harry Bubeck

Vollbeschäftigung ohne Inflation

- Geldumlaufsicherung und deren Darstellung
 - in einem „Keynesschen“ System

1966

C. Harry Bubeck

Vollbeschäftigung

ohne Inflation

— Geldumlaufsicherung und deren Darstellung

in einem „Keynesschen“ System

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Einige Gedanken über die Naturalwirtschaft	2
Erster Vorschlag für regelmäßige Gebührenbelastung von Papiergeld im Jahre 1695?	3
Zweiter Vorschlag für regelmäßige Geldgebühren im Jahre 1860?	4
DIE REGULIERUNG DER GELDUMLAUFGESCHWINDIGKEIT	5
Langsame Einführung geringer Umlaufgebühren	5
Ein einfaches Seriengeld	6
Probleme mit Bankguthaben und Münzen	6
Die Obergrenze der Umlaufgeschwindigkeit und andere Fragen	8
Zahlenbeispiele, die vor den Gefahren niedriger Umlaufgeschwindigkeiten warnen	11
Geldsubventionen anstatt Geldgebühren für die Inflationsbekämpfung?	11
Weitere Probleme der Geldwertstabilisierung und Hortung	12
Kosten-Inflation statt Nachfrage-Inflation?	13
Finanzgesellschaften (Financial Intermediaries)	14
Inflation statt Umlaufsicherung?	15
Unwirksamkeit der Umlaufsicherung wegen „Auswegen“?	16
Das Bodenproblem	17
Völlige Abkehr vom Gold im Geldwesen	17
Einige internationale Währungsfragen, besonders: Freigabe der Wechselkurse	18
Weitere Anmerkungen zur „G·U“-Analyse (MV approach): Mindestreserven usw.	20
GELDGEBÜHREN IN EINEM „KEYNESSCHEN“ SYSTEM	22
Die Untergrenze des Geldzinses und die Unschädlichmachung der „Liquiditäts-Falle“	22
Senkung der Rentabilität des Sachkapitals (und Friedens-Probleme)	24
Weitere Unzulänglichkeiten der Inflation	26
Neue, gerechtere Einkommensverteilung	26
Kritik an Wirtschaftswachstums-Theorien	26
Hansens Kommentar	27
Geldgebühren und Investitionen	27
Ein modifiziertes „Keynessches“ Diagrammsystem	28
Prof. Schneiders weitreichender kleiner Fehler	33
EINIGE ALLGEMEINE SCHLUSSBEMERKUNGEN	34

VOLLBESCHÄFTIGUNG OHNE INFLATION

— Geldumlaufsicherung und deren Darstellung
in einem „Keynesschen“ System

C. Harry Bubeck

Vorbemerkung

Mit Teilen der nachstehend erwähnten Gedanken wurden im Jahre 1964 (hauptsächlich nordamerikanische) Volkswirtschaftsprofessoren, Dozenten, Studenten usw. in Englisch in anderer Form bekannt gemacht. Ein hoher Prozentsatz der Fachleute, die sich zu jenen Teilen äußerten, stimmten mit der Darstellung überein, besonders damit, daß sich die Liquiditätspräferenzkurve mit einer Geldumlaufsgebühr nach unten verschieben würde und äußerst niedrige Zinssätze möglich würden. Z. B. Professor Dr. P. B. Kenen, dessen Arbeiten über Geld und Konjunktur im englischen Sprachgebiet allgemein und besonders in den USA und in Kanada sehr gut bekannt sind, schrieb dem Verfasser dazu (hauptsächlich zu seiner Ausarbeitung der Wirkungen von Geldgebühren in einem „Keynesschen“ System): „I think that you have made a significant contribution“ („ich denke, daß Sie einen bedeutsamen Beitrag geleistet haben“). Neuerdings bestätigte auch der bekannte deutsche Geldfachmann Professor Dr. Dr.-Ing. Carl Föhl die Richtigkeit des wahrscheinlich wichtigsten Punktes in den Argumenten über die Geldgebühr (gegen Ende der folgenden Betrachtung über das „Keynessche“ System genauer ausgeführt).

Dieser Beitrag ist nicht zuletzt für Volkswirtschaftsstudenten gedacht; Lesern, die vielleicht schon „freiwirtschaftliche“ bzw. „freisoziale“ Literatur kennen, aber zu dem Folgenden weitere Erklärungen haben möchten, wird empfohlen, neuere Fachbücher auf Gebieten wie Geld und Beschäftigung zu konsultieren, z. B. in Englisch: „Money, Debt, and Economic Activity“ von A. G. Hart und P. B. Kenen (3. Edition, besonders Kapitel 13), oder in Deutsch die „Einführung in die Wirtschaftstheorie — 3. Teil: Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung“ von Erich Schneider. Es wäre Mr. Bubeck angenehm, kritische oder andere Bemerkungen zu seinen Ideen, die er in einer längeren volkswirtschaftlichen Arbeit in Englisch verwenden soll, zu erhalten (Adresse bis etwa 1967: Mr. C. H. Bubeck, Chatsworth, Cliff Terrace, Aberystwyth, Cards., Wales, Großbritannien).

Einleitung

Vollbeschäftigung und höchstmögliches Wirtschaftswachstum sollten erreicht werden ohne die „Notwendigkeit“ monetärer, „schleichender“ Inflation und militärischer Ausgaben, womit man in der westlichen Welt seit etwa 25 Jahren verhindert hat, daß die Arbeitslosenzahlen viel höher wurden als sie tatsächlich waren (die Arbeits-

losigkeit in USA und Kanada war in einigen „Rezessionen“ immerhin sehr empfindlich hoch, als der Inflation und dem Goldabfluß mit Geldrestriktionen begegnet wurde). In diesem langen Zeitraum wurde die zeitweise Vollbeschäftigung sehr teuer erkauft; die Sparer haben riesige Verluste erlitten und fast alle Leute mußten für ungeheure Verschwendung bezahlen. — Einer der vielen Proteste gegen die Inflationsverluste der Sparer äußerte sich in der Form einer Verfassungsbeschwerde gegen die deutsche Bundesregierung wegen Geldentwertung, die vor einigen Monaten von Herrn Rechtsanwalt Dr. F. J. Berthold eingereicht wurde („Unabhängiger Nachrichtendienst“, Hamburg, Dez. 1965, S. 2).

Einige Gedanken über die Naturalwirtschaft

Wenn man die Hauptursachen der Rezessionen oder Depressionen und Arbeitslosigkeit, wie auch der Inflation ergründen will, kann es von Nutzen sein zu überlegen, was in einer geldlosen Tauschwirtschaft oder Naturalwirtschaft geschehen würde. Nicht nur die volkswirtschaftlichen Fachbücher, sondern auch praktisch alle Volkswirte, die ich in dieser Frage gelegentlich persönlich konsultierte, waren mit mir im allgemeinen über Folgendes einig: Die Gesamtnachfrage wäre in einer solchen Tauschwirtschaft „richtig“ (also „richtig“, nicht zu groß und nicht zu klein) und dabei würde insbesondere keine Massenarbeitslosigkeit (durch ungenügende Nachfrage) auftreten.

Solche Unzulänglichkeiten der wirksamen Nachfrage ergaben sich sehr oft seit hortbares Geld allgemein in Gebrauch kam und nicht erst seit der industriellen Revolution. In der Naturalwirtschaft gäbe es keine solche unzureichende Gesamtnachfrage (und keine übermäßige), denn jeder, der etwas verkaufte, wäre dabei gleichzeitig gezwungen, den Erlös zu verbrauchen oder zu investieren. Es gäbe da keinen Ausweg in ein Geld, das fast keine **Durchhaltekosten** verursacht und daher leicht gehortet werden könnte. Unter den Menschen in einer Tauschwirtschaft mit ziemlich verderblichen Waren, die gut aufbewahrt werden sollten, würde keine allgemeine Neigung bestehen, ihre

Produkte zu horten, was normalerweise **Durchhaltekosten** verursachen würde, oder ihre Dienstleistungen so zurückzuhalten, daß ihre potentielle, verdienstbringende Arbeitszeit nutzlos verrinnen würde. Es wäre natürlich möglich, daß einige Leute Fehler in ihrer Produktion oder Preisgestaltung machen würden, aber sobald sie diese beheben würden, würden sie wieder genügend andere Wirtschaftsteilnehmer finden, die andere, nützliche Dinge mit ihnen tauschen würden. In Keynescher Terminologie könnte man sagen, es gäbe da keine „liquidity trap“ („Liquiditätsfalle“, auf die wir später noch zurückkommen werden) und offensichtlich kein Problem mit irgendwie ungenügender Geldmenge, um den ununterbrochenen Austauschprozeß in der Wirtschaft zu ermöglichen. Abgesehen von einer unzureichenden Geldversorgung hielten John Maynard Keynes, Johann Silvio Gesell und andere die Hortung (oder Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit) des Geldes — das für Investition oder Verbrauch verwendet werden sollte — für den entscheidenden Faktor in der Erklärung von Depressionen oder Rezessionen und Arbeitslosigkeit.

Auch in einer geldlosen Tauschwirtschaft könnten allerdings Wirtschaftsschwankungen auftreten wegen Mißernten oder ähnlichen Kalamitäten, die besonders in früheren Zeiten wichtig waren. Das soll hier nicht behandelt werden. In modernen Volkswirtschaften kommt Arbeitslosigkeit im allgemeinen von der „Nachfrageseite“ (wirksame bzw. monetäre Nachfrage, seitdem Geldwirtschaft generell üblich wurde) anstatt von der „Angebotsseite“ der Volkswirtschaft.

Wie können wir die großen Vorteile des Geldgebrauchs mit den „richtigen Gesamtnachfrageverhältnissen“ vereinen, die in einem Tauschwirtschaftssystem bestehen? Wie angedeutet, zwingen in einer reinen Naturalwirtschaft normalerweise **Durchhaltekosten** für Waren und Dienstleistungen — oder die Tatsache, daß niemand seine Verdienstmöglichkeiten verlieren will — die wirtschaftenden Menschen, von Hortung und Unterbrechung des Tauschprozesses Abstand zu nehmen. Wie können wir ein verhältnismäßig freies Wirtschaftssystem herbeiführen, in dem

so etwas wie das „Saysche Gesetz“ (nach dem allgemeine Unterbeschäftigungskrisen unmöglich sein sollen) für dauernd eingebaut ist, oder eine ziemlich gut regulierte Geldumlaufgeschwindigkeit? Die logische Antwort scheint zu lauten: Das Geld soll mit **Durchhaltekosten** belegt werden, d. h. Umlaufgebühren, die es zur regelmäßigen Zirkulation bringen, wie in einer geldlosen Tauschwirtschaft die verfügbaren Güter und Dienstleistungen möglichst ständig zirkuliert werden von Leuten, die in ihrem eigenen Selbstinteresse handeln.

Dann würde Geld **auch** unter Angebotszwang stehen. Damit bestünde eine Möglichkeit, die unerwünschten Folgerscheinungen zu vermeiden, wie Massenarbeitslosigkeit (oder Inflation), die störend auftraten mit der Einführung von hortbarem Geld, das nach Belieben langsamer (oder schneller) umgesetzt werden kann. Die Geldhortung, die selbstverständlich in der Deflation, wenn die Preise sinken, am stärksten ist, wird später noch weiter begründet werden, besonders nach den modernen nationalökonomischen Lehren im Teil über das „Keynessche“ System. — Es ist übrigens interessant, daß J. B. Say, dem das Saysche Gesetz zugeschrieben wird, einen großen Teil seines Lebens (besonders den Teil, der für seine Ideenformulierung am wichtigsten war) in Inflationszeiten zubrachte, in denen Vollbeschäftigung nach dem Sayschen Gesetz tatsächlich meistens als richtig angesehen werden kann.

Eine weitere Idee sei hier noch zugefügt: Das volle Durchdenken des Modells einer Naturalwirtschaft führt zu dem Schluß, daß ganz niedrige Zinssätze, falls überhaupt positive, darin vorherrschen würden (Details hierüber sind u. a. in Johann Silvio Gesells Hauptwerk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ und in Prof. Dr. E. Winklers „Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung“ zu finden). Diese Schlußfolgerung und — in moderner Geldwirtschaft — die vorauszusehende Verringerung der Zinssätze nach einer gewissen Zeitperiode der Einführung von Geldgebühren, stützen die Keynessche und Gesellsche Ansicht, daß der Zins ein „purely monetary“ (lediglich geldliches) Phänomen ist.

Im Zusammenhang damit hieß Keynes

das Zwiegespräch zwischen Robinson Crusoe und einem Fremden in „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ von Johann Silvio Gesell (allgemein nur Silvio Gesell genannt): „Eine ganz ausgezeichnete wirtschaftliche Parabel — so gut wie nur irgendetwas dieser Art, was geschrieben wurde — um diesen Punkt darzulegen“, nämlich daß es „nur das Bestehen eines Geldzinsfußes ist, der es möglich macht, aus dem Ausleihen von Güterbeständen ein Erträgnis zu erzielen“ („General Theory“, London, 1936, S. 356). Selbstverständlich bezog sich Keynes hier wieder auf das immer noch bestehende Geld, das nicht umlaufgesichert ist, sondern gehortet werden kann ohne nennenswerte Durchhaltekosten zu verursachen und das somit eine zinsbringende Überlegenheit hat gegenüber Gütern und Dienstleistungen, deren Hortung mit solchen Kosten verbunden ist. Keynes und Gesell wußten natürlich, daß, falls auch der reine Sachzinssatz sehr niedrig werden oder praktisch zum Verschwinden gebracht werden sollte, zuerst eine große Fülle von Kapitalgütern geschaffen werden müßte, was etwa den Zeitraum einer Generation friedlicher Vollbeschäftigung benötigen würde (vgl. z. B. Keynes, „General Theory“, S. 220, 221, 375, 376, sowie Gesell schon 1897 in „Die Anpassung des Geldes und seiner Verwaltung an die Bedürfnisse des modernen Verkehrs“, S. 207).

Erster Vorschlag für eine regelmäßige Gebührenbelastung von Papiergeld im Jahre 1695?

Bevor wir uns in mehr Detail mit einer modernen Regulierung der Geldumlaufgeschwindigkeit befassen, sei erwähnt, daß auf Grund eines etwa 270 Jahre alten Dokumentes, das ich kürzlich in der sehr umfangreichen Bibliothek des British Museum in London gefunden habe, nicht Johann Silvio Gesell der erste gewesen ist, der (1891) ein gebührenpflichtiges Papiergeld vorgeschlagen hat, sondern ein englischer Kaufmann, der seinen Namen mit „J. C.“ abkürzte. Diese Idee wurde während der vielen Diskussionen in den Jahren 1695 und 1696 wegen der damals nötigen Münzreform geäußert.

Der „merchant J. C.“ machte also fast

200 Jahre vor Gesell den Vorschlag, daß den Leuten, die altes Silbergeld zum Umtausch bringen würden, Geldscheine zum selben Nennwert gegeben werden sollten, die aber alle zwei Monate gegen neues Papiergeld umgetauscht werden müßten. Die dabei fällige Gebühr sollte pro Pfund Sterling jedesmal einen halben Penny betragen, also bei sechsmaligem Umtausch im Jahre 1,25 %. Es handelte sich um ein Geld, das eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Seriengeld gehabt hätte, von dem ich etwa 1946 als Junge einmal annahm, es „entdeckt“ zu haben, weil es sonst nirgends erwähnt schien — rund 250 Jahre nach dem Vorschlag von J. C. (eine Art Seriengeld, aber mit jährlichem Totalverlust für ein Zehntel der Geldscheine, wurde von Gesell für Kleingeld 1892 in seiner — schon jahrzehntelang vergriffenen — Schrift „Die Verstaatlichung des Geldes“, S. 103, vorgeschlagen).

J. C. war sich klar darüber, daß dadurch nicht nur einige Staatseinnahmen hereinkommen würden, sondern daß auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes damit angeregt werden würde. Es ist interessant, daß er auch einen ganz ähnlichen Ausdruck (virtual circulation) gebrauchte, den der schwedische Nationalökonom Knut Wicksell etwa 200 Jahre später verwendete. Für Wicksell waren z. B. die Bankguthaben nicht — wie für die meisten heutigen Nationalökonomien — „Geld“ bzw. „Buchgeld“, sondern nur ein Ausdruck der „virtuellen“ Umlaufgeschwindigkeit des primären Geldes.

J. C. schließt seine Schrift wie folgt (meine Übersetzung): „Die Kunde von einer solchen Bank, die sich durch die ganze Welt verbreiten wird, wird die Ehre der englischen Nation erhöhen und viele andere Vorteile werden sich daraus ergeben.“ Jedoch gab er sich scheinbar damit zufrieden, daß später einmal seine gebührenbelasteten Banknoten wieder eingezogen und durch Metallgeld ersetzt werden würden. Das könnte geschehen, meinte J. C., wenn

(1.) durch diese Geldgebühren genügend eingenommen wäre, um die Kosten der Münzreform zu tragen, bei der viele minderwertige Münzen zum Nennwert eingereicht werden könnten, wofür dann einmal wieder vollwertige Münzen ausgegeben werden müßten, wenn (2.) England eine (aktive) Handelsbilanz hätte und (3.) die Gefahr vorüber wäre, daß englisches Silber exportiert würde.

Wir sehen dabei, daß J. C. eben doch in einer Welt lebte, in der Metallgeld noch den Ton angab, aber es könnte auch sein, daß er von einem späteren Aufgeben des gebührenpflichtigen Papiergeldes nur sprach, weil er sich davon eine bessere Aufnahme seines Vorschlages erhoffte. Die drei Bedingungen, die seiner Ansicht nach erfüllt sein sollten, bevor England zum Metallgeld zurückkehren könnte, wären wohl nicht so leicht alle miteinander eingetroffen — zumindest nicht so, daß unter den damaligen Verhältnissen (ohne genaue offizielle Statistik) alle einflußreichen Gruppen alles als erfüllt angesehen hätten. Somit hätte das von J. C. vorgeschlagene Papiergeldsystem ein langes Leben haben können. Doch wie wir wissen, wurde es nicht eingeführt.

Zweiter Vorschlag für regelmäßige Geldgebühren im Jahre 1860?

Zwei Jahre vor Gesells Geburt wurde in Wien in der Mechitharistischen Buchdruckerei die Arbeit eines anonymen Autors als Manuskript gedruckt. Sie umfaßt 29 Seiten und ihr Titel lautet: „Einige Worte über Geld- und Münzverhältnisse überhaupt und daraus entsprungener Vorschlag einer Maßregel, um im österreichischen Kaiserthume die Gleichheit zwischen Staats-Einnahmen und Staats-Ausgaben herzustellen“. Darin wird vorgeschlagen, eine Geldsteuer einzuführen, die die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöhen würde. Aber der Hauptzweck, der dabei ins Auge gefaßt wurde, scheint eine Erhöhung der Einnahmen des österreichischen Kaiserreiches gewesen zu sein.

Die Regulierung der Geldumlaufgeschwindigkeit

Eine jährliche Geldumlaufgebühr von nur ca. 3% könnte schon genügen zur Herbeiführung der guten Kombination von (1.) den Vorteilen des Geldgebrauchs und (2.) den Vorzügen der „optimalen wirksamen Nachfrageverhältnisse“ einer Naturalwirtschaft. Ich denke, wie Keynes, daß die Idee der Geldumlaufgebühr richtig ist, daß aber die von Gesell vorgeschlagenen 5,2% wahrscheinlich etwas zu hoch sind. Gesell kam schließlich auf genau 5,2% — d. h. wöchentlich 1‰ — weil das Jahr eben 52 Wochen hat, aber 1892, in „Die Verstaatlichung des Geldes (S. 102), schlug er einmal 3,65% vor, nachdem er 1891 von 10% gesprochen hatte. Der richtige und wohl nicht sehr viel von meiner oben erwähnten Schätzung abweichende jährliche Prozentsatz für diese Geld-Durchhaltekosten könnte, wie auch Keynes meinte, am besten nach einer gewissen Zeit der praktischen Erfahrung damit gefunden und für längere Zeiträume festgelegt werden (vgl. „General Theory“, S. 357, sowie meinen zweitletzten Absatz vor Figur 7).

Langsame Einführung geringer Umlaufgebühren

Gesell, der wohl die ersten ganz eindeutigen Vorschläge für eine ständige Geldumlaufgebühr veröffentlichte, dachte, daß diese Maßnahme so eingeführt werden könnte, daß zur Umlaufsicherung das Geld gleich im ersten Jahr mit dem vollen Prozentsatz belastet würde. Ich glaube, daß unter normalen Umständen eine langsame Einführung einer zunächst wesentlich geringeren Gebühr besser wäre — u. a. würde allen Wirtschaftsteilnehmern reichlich Zeit gegeben, sich allmählich auf die Änderungen, wie z. B. beständige Zinsrückgänge, einzustellen. Jedoch während oder nach Kriegen, plötzlichen Umstürzen usw. wäre es möglich, daß eine schlagartige Einführung der Umlauf-

gebühr in voller Höhe vom ersten Jahre an besser wäre.

Die Idee einer nur allmählichen Belastung des Geldes mit Durchhaltekosten, die im Laufe mehrerer Jahre langsam ansteigen, bis sie die Höchstgrenze von vielleicht 3% erreichen, ist viel weniger revolutionär als es auf den ersten Blick scheinen mag. Es würde mehr als genügend Zeit vorhanden sein, die Öffentlichkeit so zu informieren, daß niemand unnötige Sorgen zu haben brauchte wegen dieser Änderung, die am Anfang sehr geringfügig sein würde. Die Herstellung und Ausgabe des Geldes ist mit Kosten verbunden und Geldgebühren sind daher gerechtfertigt. Die kanadische Regierung erhob sogar Gebühren für Schecks, für die sie keinerlei Druck- und Verteilungskosten trug. Ähnliche Gebühren werden in Großbritannien auch bei Ein- und Auszahlungen von Sparkonten, Konsumdividendenzahlungen u. a. m. erhoben, wobei staatliche Freimarken geklebt werden müssen auf Formulare, die von den Banken und anderen Firmen, und nicht von der Regierung, bereitgestellt werden. Keynes und andere Volkswirte, unter ihnen besonders Prof. Irving Fisher, machten zustimmende Kommentare zu der Idee, das Geld mit Durchhaltekosten zu belasten. In anderem Zusammenhang und für andere Zwecke schlug übrigens ein Nationalökonom wieder vor, alle Arten von Kredit mit Steuern zu belegen als „eine neue Methode für eine wirksame Geldpolitik“ („The Economic Record“, Sept. 1963, S. 324—331).

Auf jeden Fall sind geringe Geldgebühren auch schon von akademischen Volkswirten wie z. B. auch Prof. A. W. Stonier als „respectable“ (achtbar, kein Unsinn) bezeichnet worden und können praktisch gut durchführbar gemacht werden, wenn sie so eingeführt werden, daß die Bevölkerung richtig darauf vorbereitet ist. Zum Vergleich: Die dreiprozentige Umsatzsteuer in Onta-

rio, Kanada, gegen die vor ihrer Einführung sehr protestiert wurde und die höchstwahrscheinlich mehr zusätzliche Arbeit und Unannehmlichkeiten macht als Geldgebühren, wurde vor wenigen Jahren ohne ernsthafte Schwierigkeiten eingeführt. Arbeitslosenversicherung wurde auch lange als unmöglich erachtet (besonders in Kanada) und mehr Aufwand ist nötig für ihre Handhabung als für ein System der Geldumlaufsicherung (ganz abgesehen von unwürdigen Scherereien, die z. B. Millionen arbeitslose Nordamerikaner seit Jahren haben durchmachen müssen). Dabei dürften diese Geldgebühren die Arbeitslosenversicherung in der Art, wie sie heute in vielen Ländern besteht, überflüssig machen.

Ein einfaches Seriengeld

Die nachfolgend kurz angedeutete Technik der Geldumlaufsicherung ist noch praktisch dieselbe, die mir ca. 1946 in Österreich nach dem Mark/Schilling-Umtausch in den Sinn kam im Zusammenhang mit der damals propagierten Gesellschen Idee, wöchentlich Märkchen (die auch abfallen können) auf die Geldscheine zu kleben. Über die Unsicherheit und Umständlichkeit dieser unpraktischen Methode gab es keinen Zweifel und „Währungsreforms“-Beispiele seit 1945 zeigten deutlich, daß ein genügend schneller, vollständiger Geldumtausch ohne lange Vorankündigung durchaus möglich ist. Das Zahlenmaterial, das mir in letzter Zeit zugänglich war, beweist, daß die Druckkosten für neue Banknoten verhältnismäßig recht billig sind (zudem ist ein öfterer Umtausch unhygienischer, gebrauchter Geldscheine der Volksgesundheit förderlich).

Das von der Notenbank ausgegebene Papiergeld könnte schnell, ohne Kontrolle der Namen etc. der Umtauschenden bei Banken, Postämtern u. dgl. periodisch durch neue Ausgaben mit markanten Seriennummern und leicht zu unterscheidenden farbigen Kennzeichen ersetzt werden. Dabei wäre zu beachten, daß **besonders die Ränder** der Geldscheine die Farben und Nummern der Serien, wie z. B. „2“ — grün — deutlich zeigen müßten, damit Bankangestellte und überhaupt alle Leute beim Zählen usw. schnell und sicher

an jeder beliebigen Seite eines Geldstoßes feststellen könnten, ob alles Geld von der jeweils gültigen Serie ist. (Später wurde, besonders durch die Veröffentlichung „Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes“ von Karl Walker 1952, der „Überwindung des Totalitarismus“ von Otto Valentin 1952 und schon vorher von anderen, z. B. Prof. Dr. E. Winkler, u. a. in seiner „Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung“ 1952 die Idee eines einigermaßen komplizierten Seriengeldes bekannt gemacht. Von diesem sollten immer mehrere Serien gleichzeitig in Umlauf sein. Dieses Seriengeld ist aber hier nicht gemeint).

Die Gebühr beim ersten Geldumtausch könnte beispielsweise 0,5 % irgendwann im ersten Jahre betragen und die nächste, vielleicht höhere Gebühr, könnte jederzeit danach eingezogen werden, bis mit immer häufigerem Geldumtausch eine Jahresgebühr von durchschnittlich 3 % erreicht werden würde. Die genauen Zeitpunkte der Umtausche würden nicht im voraus bekanntgemacht werden, so daß sich alle Leute ständig der Möglichkeit eines jederzeitigen Verlustes bewußt wären. Selbst wenn es ein paar Wochen oder Monate bis zum nächsten Geldumtausch dauern könnte, bestünde doch kein Zweifel, daß jeder Tag, jede Stunde diesen mit Verlust verbundenen Umtausch näher bringen würde und daß das Geld unter Druck stehen und weitergegeben werden würde. Eine überraschende Ankündigung während einer Nacht, wenn kaum Zahlungen gemacht werden, könnte die Öffentlichkeit davon unterrichten, daß von nun an alles Geld zum Kurse von z. B. einer alten Mark für 0,99 Mark in neuem Geld, Serie 2 (grün) eingelöst wird, also mit 1 Pfennig Gebühr. Diese Gebühren würden bei den meisten Personen nur wenig ausmachen, aber sie würden genügen, unerwünschte Geldhortung zu verhindern, besonders wenn sie im Laufe der Zeit auf etwa 3 % jährlich kommen würden (vielleicht dreimal 1 %).

Probleme mit Bankguthaben und Münzen

Es soll hier nicht näher auf das Problem der jederzeit fälligen Bankguthaben, über das schon viel geschrieben

wurde, eingegangen werden. Es kann aber kurz gesagt werden, daß eine Gebühr von solchen Kontokorrentkonten leicht eingehoben werden könnte (zusätzlich zu der, die die Banken selbst von ihren Geldbeständen bezahlen und auf diese Konten umlegen müßten), falls sich das als nötig erweisen würde, wie verschiedentlich angenommen wird. Bei der von mir erwogenen langsamen, stufenweisen Einführung der Umlaufgebühren hätte man reichlich Zeit, genau zu sehen, wie man die Bankguthaben tatsächlich am besten behandeln sollte. Echte Sparkonten würden auf jeden Fall nicht mit einer solchen Geldgebühr belastet werden.

Einem Problem, das auch teilweise unterschätzt worden ist, muß mehr Raum gewidmet werden als sonst nötig wäre: Münzen müssen ebenfalls in nicht allzulangen Zeitabständen gebührenpflichtig umgetauscht werden, obwohl das nicht so oft zu geschehen braucht wie bei Geldscheinen, aber dann mit dementsprechend höherer Gebühr. Dieses Problem kann zum Teil verringert werden durch Ausgabe von Geldscheinen, die auf kleinere Beträge lauten als es heutzutage in manchen Ländern üblich ist — in Westdeutschland werden z. B. viele 5-Mark-Münzen im täglichen Verkehr gebraucht, während in den USA und in Kanada für einen Dollar (also dem Gegenwert von nur DM 4 oder weniger) Papiergeld verwendet und sehr selten mit den großteils silbernen 1-Dollar-Münzen bezahlt wird.

Es ist ja auch nicht nötig, das knapper gewordene Silber in Münzform festzulegen; zudem wurde mir schon im Frühjahr 1964 in Washington im US Treasury Department, Direktion der Mint (Münzprägung) gesagt, daß die USA sehr auf der Suche nach weniger edlen Metall-Legierungen für ihre Münzen seien, die u. a. großemäßige und elektrische Eigenschaften bei den Münzen ergeben, die den seitherigen genügend ähnlich sind, um bei Automaten usw. möglichst keine Umstellung nötig zu machen. Inzwischen wurden bekanntlich die Entscheidungen in dieser Sache getroffen; die Münzen, die mehr Edelmetall enthalten, werden eingezogen und neue Münzen mit billigeren Metallen werden ausgegeben. Neben einem derartigen Münzumtausch soll auch die Möglichkeit bestehen, für

Zwecke der Umlaufsicherung leichtere Metallmünzen herzustellen, die mit einigen amtlichen Veränderungen — z. B. der Farbe — als „neue“ Münzen nach Umtausch wiederverwendet werden könnten (nicht gleich als nächste Münzserie).

Zudem wurden von der britischen Royal Mint, die schon 1920 den Silbergehalt neuer Münzen drastisch reduzierte und von 1947 an bei Neuprägungen praktisch kein Silber mehr verwendete (und Silbermünzen aus dem Verkehr zog), ernsthafte Untersuchungen über die Verwendbarkeit von **Plastik** für verschiedenfarbige **Werkstoffmünzen** angestellt (siehe „Ninetieth“, „Ninty-First“ und „Ninety-Third Annual Report of the Deputy Master and Comptroller of the Royal Mint“, London, 1960, 1961 und 1963). Es ist verständlich, daß in Großbritannien, wo einem die althergebrachten, schweren Münzen, wie z. B. die großen, kupfernen Pennies, oft die Hosentaschen hinunterziehen, nach leichteren, handlichen Münzen gesucht wird. Laut der englischen Wirtschaftszeitschrift „The Economist“ (15. 1. 66, S. 222-3) würde es sich bezahlt machen, die Pennies für ihren Metallwert, der ein wenig höher ist als ein Penny im Geldwert, einzuschmelzen. Das wäre (noch) nicht verboten, aber wenn man Münzen der Werte von sixpence aufwärts einschmelzen würde, müßte man mit 2 Jahren Gefängnis und £ 100 Strafe rechnen. Das zeigt, daß einem der Metallwert der Münzen doch nichts hilft und sie genau so gut aus Kunststoffen oder Leichtmetallen gemacht sein können — ohne Nachteil für den Besitzer. Leichtere Münzen wären eher vorteilhaft und es wird hierzulande allgemein gehofft, daß mit der Einführung des Dezimalsystems von etwa 1970 an leichte Münzen ausgegeben werden.

Da Automaten zu vielen Verkaufszwecken sehr wichtig sind und in Zukunft noch wichtiger werden dürften, sei erwähnt, daß die Eigenschaften der heutigen, „guten“ Münzen, z. B. in Kanada, mit fast wertlosen Metallstücken erfolgreich nachgemacht werden können. Davon erlitt schon allein die Bell Telephone Company of Canada im Jahre 1962 einen Verlust von etwa DM 400 000 („Telephone News“, Feb. 1964). Werkstoffmünzen, die hin und wieder

umgetauscht werden müssen, könnten da sicherer sein. Sie können sehr genau und scharf profiliert werden und besondere Teile, z. B. dünne Metallstreifen, könnten zur Kontrolle in das Plastikmaterial eingefügt werden.

Falls kleineres (oder größeres) Papier-Seriengeld auch für Automaten verwendet würde, wäre es wahrscheinlich noch sicherer. Seit einigen Jahren sind in den USA Papiergeld-Automaten in Gebrauch, die laut der Forschungsabteilung der amerikanischen Postverwaltung selbst die besten Fälschungen nicht annehmen. Um durch praktische Versuche mit einem ähnlichen Papiergeld-Automaten festzustellen, was wirklich davon zu halten ist, machte ich 1964 in Seattle mehrere Experimente damit und mußte in das allgemeine Lob einstimmen. Es ist wirklich erstaunlich und könnte den Weg für eine allgemeine Verwendung von Papier-Kleingeld öffnen — und Papiergeld eignet sich wahrscheinlich am besten für periodischen Umtausch.

Aber auf jeden Fall scheinen die zur Verfügung stehenden Kunststoffe und Metalle — auch laut weiteren, von Chemikern und anderen Fachleuten eingeholten Auskünften — zu genügen, um periodischen Münzumtausch technisch möglich zu machen.

Die Obergrenze der Umlaufgeschwindigkeit und andere Fragen

Bevor wir zur ersten grafischen Darstellung kommen, soll eine gute Analogie für die Notwendigkeit einer Geldumlaufgebühr kurz erwähnt werden: Die ziemlich ständige Zirkulation der Eisenbahnwagen wird verhältnismäßig gut durch Wagenstandgelder gewährleistet. Vor einigen Monaten teilte UPI mit, daß die Deutsche Bundesbahn das Wagenstandgeld erhöhen wolle, „um den Wagenumlauf zu sichern“ („Unabhängiger Nachrichtendienst“, Hamburg, Jan. 1966, S. 2). Die Eisenbahn-Manager sind sich schon längst darüber klar geworden, was für ein verheerend unstabiles Zirkulationssystem sie hätten, wenn sie keine Wagenstillstandgebühren einheben lassen würden. Notenbank-Manager würden gut daran tun, sich das eingehend zu überlegen und die logischen Schlußfolgerungen auf ihr

eigenes Fachgebiet zu übertragen („Geldstillstandsgebühren“?).

Im Falle der Durchschnitts-Zirkulationsgeschwindigkeit der Eisenbahnwagen besteht eine „normale Obergrenze“ und — dies ist für unsere Betrachtungen wichtig — beim Geld ist es ähnlich. Im Gegensatz zu verschiedenen, im britischen Radcliffe Report über das Geldsystem und anderswo (besonders von N. Kaldor und anderen englischen Volkswirten) ausgedrückten Meinungen dürfte im allgemeinen eine Höchstgrenze für die Geldumlaufgeschwindigkeit bestehen, wie auch viele Nationalökonomien, darunter Sir D. H. Robertson, J. R. Schlesinger und W. C. Hood ausgeführt haben. Ich stimme mit den Letzteren überein, doch denke ich nicht an eine definitive, glatte potentielle Obergrenze der Umlaufgeschwindigkeit, die durch eine dünne, gerade Linie dargestellt werden könnte.

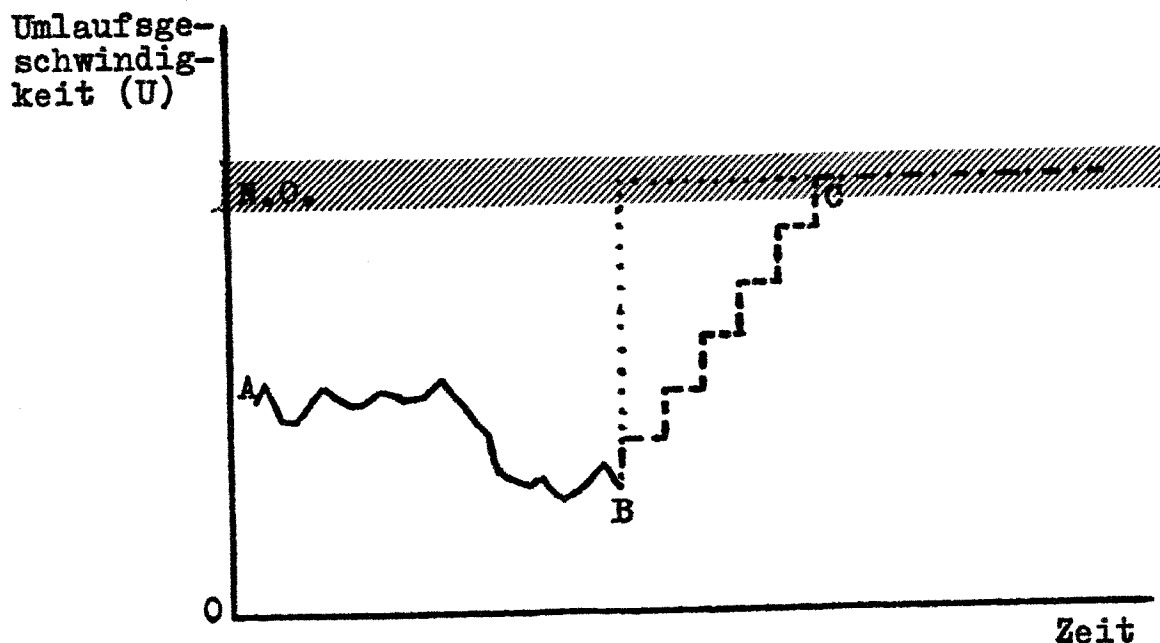
Solch eine präzise Höchstgrenze könnte nicht einmal in gewöhnlichen, ungestörten Zeiten erwartet werden; statt dieser denke ich eher an eine Zone oder an ein Band („N. O. — normale Obergrenze — horizontal in meiner lediglich illustrativen grafischen Darstellung, Fig. 1). Wenn es sich herausstellen sollte, daß diese Grenzzone im allgemeinen nicht breit ist, könnte mit Umlaufsicherung eine ganz ausgezeichnete Kontrolle oder Stabilisierung der Umlaufgeschwindigkeit möglich sein. Meine statistischen Untersuchungen über das tatsächliche Verhalten der Umlaufgeschwindigkeit in vielen Jahren in 31 — meistens bedeutenden — Ländern, für die das statistische „Rohmaterial“ verfügbar ist, sprechen auch für eine normale Obergrenze, sind aber zu umfangreich, um hier wiedergegeben zu werden.

In außergewöhnlichen Zeiten, z. B. in einer durch starke Geldvermehrung ausgelösten und sich sehr rasch beschleunigenden Inflation, wie in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg, würde diese grafische Darstellung natürlich anders aussehen, aber unser Ziel ist ja, einen auf die Dauer stabilen Wert des auf Geld lautenden Besitzes, der Verträge usw. herbeizuführen. Dies könnte mit der beabsichtigten Stimulation der Geldumlaufgeschwindigkeit und vorsichtiger Geldmengenregulierung erreicht werden. Weitere Bemerkungen

über Hyperinflation und die dadurch in abnormale Höhe getriebene Umlaufgeschwindigkeit werden im Abschnitt über das „Keynessche“ System, besonders bei Figur 6, gemacht.

haltekosten vom Punkt B in Figur 1 an allmählich bis Punkt C eingeführt werden (gestrichelte Linie) und von da an würde die Umlaufgeschwindigkeit bei ihrer normalen Höchstgrenze blei-

Figur 1



Figur 1 zeigt zunächst, daß die Umlaufgeschwindigkeit, U , die senkrecht gemessen wird, sehr unbeständig sein kann. Das könnte wieder, wie schon oft, sehr ernste Konsequenzen haben. Die Zeit wird horizontal gemessen. Die Kurve von A bis B gibt, nur als Beispiel, den Verlauf der Umlaufgeschwindigkeit in den USA von 1919 bis 1938 wieder. Zumindest in den USA kommt die in der Großen Depression sehr gesunkene Geldumlaufgeschwindigkeit erst jetzt wieder an ihre früheren Höchstwerte heran. Es wird auf sehr vereinfachte Art skizziert, daß die Umlaufgeschwindigkeit ohne speziellen Antrieb nicht nur großen Schwankungen unterliegt, sondern auch, wie Prof. A. G. Hart sagt, weit unter ihrer maximalen Größe bleibt.

Wenn die Umlaufgeschwindigkeit in der Nähe ihrer normalen Obergrenze (N. O.) wäre, könnte sie nicht so unbeständig sein, wie sie gewesen ist. Um die Umlaufgeschwindigkeit besser unter Kontrolle zu halten, könnten Gelddurch-

ben. Wie schon erwähnt, wäre in normalen, ziemlich friedlichen Zeiten diese stufenweise Einführung dieser Umlaufgebühren wahrscheinlich mehr angemessen als ein Versuch, die Umlaufgeschwindigkeit auf einmal über Nacht zu ihrem Optimum hochzudrücken (solch ein Versuch könnte durch die punktierte Linie angedeutet werden).

Die allmähliche Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit — durch die Geldgebühren von B an verursacht — ist in Figur 1 übermäßig vereinfacht. Die Umlaufgeschwindigkeit kann selbstverständlich noch einige Zeit nach Erreichen von Punkt B weiterschwanke, aber solche Unbeständigkeit würde immer weniger wahrscheinlich werden, je näher die Umlaufgeschwindigkeit an ihre normale Obergrenze herankommen würde. Dieses (hier waagrecht angenommene) N. O. - Band könnte vielleicht etwas nach rechts ansteigen, wenn sich im Laufe der Zeit die Höchstgrenze der Umlaufgeschwindigkeit nach oben verlagert, z. B. durch Entwicklun-

gen wie weitere Automatisierung im Verrechnungsverkehr. Unsere Problemlösung würde aber dadurch nicht unmöglich gemacht, denn die Stufen in Figur 1 würden eben dementsprechend etwas höher werden und wieder die etwas höhere potentielle N. O. erreichen. Derselbe Prozentsatz der Umlaufgebühr würde mit zunehmender Automation des Verrechnungsverkehrs usw. eine tatsächliche Umlaufgeschwindigkeit herbeiführen, die mehr gesteigert wäre als zuvor. Die in Figur 1 horizontal dargestellten oberen Teile der „Stufen“ würden dann ähnlich nach rechts oben ansteigen, wie die normale Obergrenze der Umlaufgeschwindigkeit.

Auf jeden Fall ist es aber für eine Geldpolitik, die Vollbeschäftigung ohne Inflation zum Ziele hat, nicht unbedingt notwendig, die Umlaufgeschwindigkeit direkt an ihrer normalen Obergrenze halten zu können. Wenn U, die Umlaufgeschwindigkeit, nicht weit von dieser Obergrenze weg wäre, könnten irgendwelche verbleibenden Schwankungen kein schwerwiegendes Problem darstellen. Wenn die Geldhaltung einer jährlichen Gebühr von beispielsweise 3% unterliegen würde, würde U steigen und nicht unter ein gewisses, ziemlich hohes Niveau gehen. Diese Untergrenze würde, falls die Obergrenze steigt aus denselben Gründen (Automatisierung des Zahlungsverkehrs, Kreditkarten usw.) ähnlich ansteigen, so daß deshalb keine extra Schwierigkeiten auftreten würden. Sobald eine solche Untergrenze da ist, können alle noch verbleibenden, auf- und niedergehenden Bewegungen der Umlaufgeschwindigkeit zwischen Unter- und Obergrenze verhältnismäßig leicht ausgeglichen werden durch Geldmengenverringerung oder -Erhöhung. Dann könnte Vollbeschäftigung ohne progressive Inflation oder Rüstung gewährleistet werden. Wir könnten auch ruhig an eine breitere Zone oder ein breiteres Band denken, das als Obergrenze gelten könnte.

Sogar wenn es tatsächlich fraglich wäre, daß eine ziemlich verlässliche normale Obergrenze der Umlaufgeschwindigkeit besteht, könnte eine richtige Anwendung der oben erwähnten Beschleunigungsmethoden für U es den Geldbehörden ermöglichen, dieses Pro-

blem unter Kontrolle zu bringen. Die Hauptsache dabei ist, eine recht hohe Untergrenze zu ziehen, so daß U dann nicht mehr darunter fallen kann, wie früher — bis auf null für einen beträchtlichen Teil der Geldmenge, wie im Falle der noch näher zu beschreibenden „liquidity trap“ („Liquiditäts-Falle“).

Eine Obergrenze der Umlaufgeschwindigkeit, die in gewöhnlichen, verhältnismäßig friedlichen Jahren vorherrschen dürfte, könnte vielleicht ein wenig erhöht werden wegen der Einführung von „Geldstillstandsgebühren“ (wie diese umlaufsfördernden Gebühren wohl eigentlich richtig geheißen werden könnten). Die tatsächliche Umlaufgeschwindigkeit könnte dann aber doch ohne viel Verzögerung die Obergrenze erreichen, die unter diesen Verhältnissen „normal“ üblich wäre — möglicherweise würde die tatsächliche U die neue Obergrenze mit Hilfe einer etwas höheren Gebühr wieder einholen bzw. ihr recht nahe kommen. Die etwaige Furcht vor solch kleinen, periodischen Gebühren würde aller Voraussicht nach die normale Obergrenze nicht nennenswert — falls überhaupt — höherschieben, denn z. B. der „Durchschnittsmensch“ würde deswegen nicht unnötig herumrennen, um sein Geld sofort wieder für irgendwelches x-beliebiges Zeug loszuwerden. Die Gebühr würde sich jedoch wie eine milde, aber genügend starke Antriebskraft erweisen, die für das Hochhalten von U auf einem ziemlich hohen Niveau wirkungsvoller wäre als die Aussicht, Zinsen zum selben jährlichen Prozentsatz zu bekommen.

In Figur 1 sind die Stufen der möglichen Erhöhung von U durch Geldgebühren, sowie die normale Obergrenze vielleicht zu hoch eingezeichnet (auch um die Darstellung deutlicher zu machen, als wenn sie niedriger gehalten wären). Es ist möglich, daß solche Geldgebühren unter der damit angestrebten stabilen Währung schon aus folgenden Erwägungen keine bedeutende Erhöhung der normalen Obergrenze von U bewirken würden: Seit über 25 Jahren wurde ja in den meisten Ländern eine falsche, tückische Art von Schwundgeld eingeführt, und gegenüber den seither eingetretenen jährlichen Geldwertverlusten ist eine Jahresgebühr

von bis zu 3% kein besonderer Grund für irgendjemand, sein Geld plötzlich rasend schnell weiterzugeben (aber niemand könnte bei diesen Gebühren sein Geld ungestraft zurückhalten und beispielsweise Arbeitslosigkeit herbeiführen helfen).

Zahlenbeispiele, die vor den Gefahren niedriger Umlaufgeschwindigkeit warnen

Für die vorhergegangenen Erwägungen, besonders in Teilen der letzten vier Absätze, ist es wichtig, einmal wenigstens an einfachen Zahlenbeispielen herauszustellen, von welcher Bedeutung es ist, daß die Umlaufgeschwindigkeit mit Geldgebühren nicht mehr auf niedrige Werte absinken kann. Dabei sind die **Verhältniszahlen** der Veränderungen äußerst wichtig, denn wenn z. B. U auf die Hälfte absinken würde, müßte die Geldmenge (G) verdoppelt werden, um einen für alle Transaktionen genügenden Geldumlauf zu haben und wirtschaftliche Stagnation zu vermeiden. Nun bedeutet eine angenommene Reduktion der Umlaufgeschwindigkeit um 1 (d. h. daß die Geldmenge, G , im Jahr einmal weniger umgeschlagen wird als sonst üblich) eine zehnzehntige Verminderung, wenn U auf 10 steht. Eine dementsprechende Geldmengenerhöhung könnte das ausgleichen. Wenn aber U auf 5 stehen und eine Änderung ebenfalls 1 betragen würde, dann wäre schon eine zwanzigprozentige Schwankung da, die nicht so leicht auszugleichen wäre mit Manipulation von G .

Es ist nicht anzunehmen, daß irgendwo die gesamte Geldmenge oder der größte Teil davon sozusagen in die — im Abschnitt über das „Keynessche“ System erklärte — „Liquiditäts-Falle“ (liquidity trap) fallen würde, aber wenn wir diesen krassen Fall durchdenken, sehen wir: Je mehr sich die Gesamtumlaufgeschwindigkeit an null annähert, desto mehr sollte die Geldmenge unendlich groß werden, damit überhaupt noch Umsätze getätigt werden können. Doch mit einer U von null wären Geldtransaktionen ($G \cdot U$) überhaupt unmöglich, denn wenn selbst eine sehr große Ziffer für die Geldmenge mit 0 (für U) multipliziert wird, ist das Resultat doch null. Wenn für einen

beachtlichen Teil der Geldmenge die Umlaufgeschwindigkeit — sagen wir mal — von 1 auf 0 absinkt, ist die Veränderung „um nur 1, wie in den obigen Beispielen“, doch so riesengroß, daß geldpolitische Maßnahmen dagegen machtlos sein können — es sei denn, eine Umlaufgebühr würde eingeführt. (Solche Volkswirte und Laien, die sich der Fiskalpolitik verschworen haben, können diese Geldgebühr als fiskalische Maßnahme ansehen; diejenigen, die der Geldpolitik den Vorzug geben, können sie als einen Teil des geldpolitischen Instrumentariums betrachten.) Wenn von einer Umlaufgeschwindigkeit von 0 für gehortetes Geld auch nur eine bescheidene Erhöhung stattfindet, ist es doch prozentual schon ein „unendlich großer“ Zuwachs, der der vorher machtlosen Geldpolitik wieder Chancen geben kann.

Die Umlaufgebühr würde die „gefährlichen“, niedrigen Werte von U ausschalten, da mit ihr eine Untergrenze eingebaut werden würde. Selbst falls sich die potentielle, normale Höchstgrenze von U wegen dieser Gebühr etwas erhöhen würde, würde dies bei den dort oben befindlichen höheren Zahlen bei weitem nicht so ins Gewicht fallen, wie die verhältnismäßig sehr große Erhöhung der Untergrenze, die erst den Erfolg einer vernünftigen Geldpolitik wirklich sichern kann (stabiler Preisstand ohne unfreiwillige Arbeitslosigkeit).

Geldsubventionen anstatt Geldgebühren für die Inflationsbekämpfung?

Wenn das Gegenteil der Inflation, nämlich die Deflation herrscht, gewinnt das Geld an Wert und wird gerne länger festgehalten, d. h. U wird kleiner. Mit der Verringerung der Ausgaben der Verbraucher und Investoren wird dann auch das Volkseinkommen geringer und Arbeitslosigkeit kann unangenehm groß werden. Die alte Gesellschaftliche Idee, daß Deflation eine notwendige Voraussetzung der Arbeitslosigkeit sei, stimmt nicht, denn schon ein Langsamerwerden der Inflation kann dafür genügen. — Ein Gedanke, den ich schon vor einiger Zeit wieder fast völlig verworfen habe, sollte wenigstens kurz zu dieser Diskussion beigetragen werden: Eine staatliche Subventionszah-

lung für Geldbestände in Inflationszeiten. Sie hätte deflationsähnliche (vielleicht noch promptere) Auswirkungen.

Diese Subvention könnte, wie auch im Falle einer Gebühr, den Geldbesitzern **während eines Geldumtausches** gegeben werden, sagen wir mal 4% im Jahr. So könnte wohl die Umlaufgeschwindigkeit beeinflusst und die Inflation bekämpft werden, aber schon vom letzten Abschnitt her ist es klar, daß die dann zu erwartenden niedrigen Werte von U gefährlich sind. Wir wollen sie samt Arbeitslosigkeit für dauernd ausschalten.

Auch zur Inflationsbekämpfung sollten keine Geldsubventionen, sondern Gelddurchhaltekosten und eine gute Regulierung der Geldmenge verwendet werden, wie noch ausgeführt werden wird. **Nur vielleicht** — und höchstens vorübergehend, um zu zeigen, daß periodischer Geldumtausch mit Subventionen **und Gebühren** tatsächlich möglich ist — wäre anzuraten, Geldsubventionen auszuprobieren. Aber bald nach irgendeinem solchen Experiment mit Subventionen, das die Idee des periodischen Geldumtausches schmackhaft machen könnte, müßte das System auf **Geldgebühren** umgeschaltet werden — eine einfache Umstellung, die schon deshalb sehr schnell nötig werden könnte, weil wohl die Inflation mit Geldsubventionen bekämpft werden mag, aber damit auch die Gefahr der Arbeitslosigkeit heraufbeschworen werden würde. Es müßte dann vermieden werden, daß sich ein falscher Glaube allgemein verbreiten würde, daß später wieder Geldhortungssubventionen eingeführt werden würden. Daher sollte kein Zweifel darüber gelassen werden, daß von dann an bei periodischem Geldumtausch immer **Gebühren** fällig werden. Aber gleichzeitig sollte auch eine Höchstgrenze für die Gebühren (vielleicht 4% jährlich) festgelegt werden. Jede Unsicherheit wäre natürlich durch sorgfältige Vorbereitungen möglichst zu vermeiden.

Weitere Probleme der Geldwertstabilisierung und Hortung

Wenn die Umlaufgeschwindigkeit im Laufe der Jahre durch die Geldgebühr stimuliert und auf ein höheres Niveau gebracht werden kann, mag es nötig

werden, den Wert des Geldes durch eine Verminderung der Geldmenge zu stabilisieren. Die von mir ins Auge gefaßte langsame Einführung der Gebühr hat auch hier wieder Vorteile: Der Produktionszuwachs, der in den Jahren der Einführung eintreten wird, kann dieses Problem plötzlicher, großer Geldmengenverminderung beseitigen helfen; ein höheres Produkt von Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit, $G \cdot U$, im Lauf der Zeit nur allmählich wachsend, könnte durch ein dementsprechend höheres T ausgeglichen werden (T ist ein Index des Volumens der Transaktionen mit Waren usw., abgesehen von denen, für die kein Geld gebraucht wird). Wenn wir dann die Verkehrsgleichung in der Fassung schreiben: $P = G \cdot U : T$, sehen wir, daß P , der Durchschnittspreisstand, mit nicht übermäßigen Veränderungen der Geldmenge stabil gehalten werden kann (anstatt T wurde in ähnlichen Formulierungen auch schon W gebraucht, und Prof. Erich Schneider, dem übrigens die Möglichkeiten der Umlaufsicherung nicht richtig bekannt zu sein scheinen, verwendet für eine andere Darstellung die aus dem Englischen abgeleiteten Abkürzungen: Y_r — Realeinkommen — statt T , M statt G , sowie v , „Einkommenskreislaufgeschwindigkeit“, statt U).

Wenn einmal genügend hohe Umlaufgebühren eingeführt worden sind und eine Zentralnotenbankleitung feststellt, daß sie auch die Umlaufgeschwindigkeit regulieren kann, wird sie es viel leichter finden, den Geldwert stabil zu halten, ohne Arbeitslosigkeit hervorzurufen. Heutzutage führt eine energische Bekämpfung der Inflation meist zu Arbeitslosigkeit und Rezession. In diesen Fällen geben die Zentralbanken (wie zur Vorfinanzierung der nächsten Inflation) dann oft mehr Geld aus, als es unter Umlaufsicherung nötig wäre, um die Wirtschaft wieder zu beleben. Häufig liegt dann viel Geld träge herum, bis es — vielleicht plötzlich durch ein unvorhergesehenes Ereignis — in schnellere Bewegung kommt und neue Inflationsfeuer entfacht. Man darf annehmen, daß neu ausgegebenes Geld nicht träge ruht, wenn es Durchhaltekosten unterworfen ist. Die Wirtschaftsaktivität dürfte viel schneller als heute auf die Geldpolitik reagieren. Im Gegensatz zu den Verhältnissen während

der Großen Depression mit der damaligen „liquidity trap“ („Liquiditäts-Falle“) können dann Wirtschaftskrisen und Deflationen bald überwunden werden, indem die Geldmenge gerade genügend erhöht wird (und nicht mehr übermäßig, wie vielfach seither, um einen extra Anstoß zu geben).

Die alten Sprüche, die in diesem Zusammenhang von englischsprachigen Zentralbankfachleuten angewandt wurden, „You can lead a horse to the water, but you cannot make it drink“ oder „you cannot push on a string“ („Du kannst ein Pferd zum Wasser führen, aber es nicht zum Trinken zwingen“ oder „Du kannst nicht mit einer Schnur stoßen“), werden sich dann grundlegend geändert haben, weil die Zentralbank-Manager etwas in der Hand haben werden, was eher ein solider Stab ist als eine Schnur. Und umgekehrt, wenn eine Inflationstendenz aufkommt, werden sie nicht, wie heutzutage, zu fürchten haben, daß sie durch das Anziehen der Geldbremsen eine Wirtschaftskrise verursachen, die sie nicht wieder nach ihrem Wunsch beheben können. Mit Umlaufgebühren können sie jederzeit wieder gute Konjunktur in der Volkswirtschaft hervorrufen. In anderen Worten, sie können Inflation stoppen und trotzdem Vollbeschäftigung haben.

Der Preisindex wäre im allgemeinen auf 100 zu halten, d. h. geringfügige Schwankungen nach oben oder unten, vielleicht zwischen 103 und 97, wären wohl unvermeidlich, könnten aber wieder berichtigt werden, bevor sie zu weit gehen würden. Die Aufrechterhaltung dieses praktisch festen Geldwertes wäre eben — wie noch weiter erklärt werden wird — mit Geldgebühren ohne Arbeitslosigkeit möglich. Zum Obigen sollten nachfolgend noch einige Bemerkungen angefügt werden:

Kosten-Inflation statt Nachfrage-Inflation?

Hierzu sei nur kurz dargelegt, daß Verwirrung gestiftet wurde mit vielen der Veröffentlichungen über die „cost inflation“ (Kosteninflation), im Gegensatz zur „demand inflation“, d. h. der üblichen Inflation, die durch höhere monetäre Nachfrage im Verhältnis zum Angebot erzeugt wird. Diese Idee der

„Kosteninflation“ wurde besonders seit dem 2. Weltkrieg von mehreren Volkswirten populär gemacht, doch wollten früher schon sehr, sehr lange Zeit die Arbeiter und Angestellten sowie die Manager und Unternehmer höhere Löhne, die Kapitalisten höhere Kapitalerträge aller Arten und die Grundbesitzer höhere Mieten oder Pachteinahmen. Vielfach blieben aber ihre zu großen Wünsche unbefriedigt, wenn die Zentralbank nicht genügend Geld zur inflationären Preisentwicklung zur Verfügung stellte. Dabei kam es dann natürlich oft zu Wirtschaftsstagnation und Arbeitslosigkeit.

Zumindest in den englischsprachigen volkswirtschaftlichen Fachzeitschriften wird oft von Professoren und anderen Nationalökonomern in Artikeln, die sich mit der sog. Kosteninflation befassen, zugegeben, daß entschlossene Gegenaktionen der Zentralnotenbank selbstverständlich der Inflation ein Ende bereiten könnten, daß aber dann (wie schon oben ausgeführt) die Gefahren von Krise und Arbeitslosigkeit zu groß werden würden. U. a. gibt es einen wichtigen Grund, weshalb das seit dem 2. Weltkrieg weit mehr als früher gefürchtet wird: Die Überlegung, daß sich die westlichen Staaten angesichts der Konkurrenz des Kommunismus keine der immer wieder im Kapitalismus üblichen Depressionen mit Massenarbeitslosigkeit mehr erlauben sollten. Die angebliche „Kosteninflation“ sollte vielleicht eher „Kommunistenfurcht-Inflation“ genannt werden — es handelt sich auf jeden Fall um eine Nachfrage- oder Geldinflation und es ist manchen Zentralbankleuten angenehm, wenn von dieser Tatsache mit anderen Erklärungsversuchen abgelenkt wird. Der unglaublichste „Erklärungsversuch“ dieser Art war wohl der der deutschen Reichsbank, die in der furchtbaren Inflation nach dem ersten Weltkrieg verlauten ließ, ihre riesenhafte vermehrte Geldausgabe habe nichts mit dem gigantischen Preisanstieg zu tun (P. A. Samuelson, „Economics“, 6. Edition, 1964, S. 281).

In dem nach dem Schreiben der obigen Zeilen erschienenen „Economic Journal“ (März 1966), der bedeutendsten englischen wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschrift, ist die Ansprache des Präsidenten der Section F der Bri-

tish Association, Prof. E. V. Morgan, über das Inflationsproblem an erster Stelle abgedruckt. Es heißt in jener Rede dieses bekannten Geldfachmannes u. a., daß man die Inflation mit Sicherheit abstoppen könne. Es sei aber fraglich, ob das im Hinblick auf die dann (mit unserem derzeitigen, hortbaren Geld — C. H. B.) zu befürchtende Arbeitslosigkeit und Verringerung des Wirtschaftswachstums politisch überhaupt annehmbar ist. In England wird größere Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten von den meisten Politikern als untragbar angesehen. Irgendein „unabhängiger Einfluß“ von Löhnen und Gehältern auf das allgemeine Preisniveau sei doch von einer Haltung der Geldbehörden abhängig, die das zumindest zulassen würden.

Eine sich schnell vergrößernde Zahl von Volkswirten studiere das Inflationsproblem und wenn ihre Produktivität an der Zahl ihrer Worte gemessen würde, sei sie bemerkenswert hoch, sagt Prof. Morgan, aber die Situation sei weniger befriedigend, wenn wir ihre Produktivität an der Zahl logischer Theorien messen, die einer empirischen Überprüfung standhalten und für Voraussagen und für die Handhabung der Geldpolitik nützlich sind. Zudem schrieben die Professoren M. Bronfenbrenner und F. D. Holzman in ihrem beachtlichen „Überblick über die Inflationstheorie“ in der wichtigsten amerikanischen wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschrift, daß ihr Überblick (survey) eher ein „Wegweiser durch ein Chaos“ von Inflationstheorien sei („American Economic Review“, 1963, S. 594).

Finanzgesellschaften (Financial Intermediaries)

Eine vielleicht berechtigtere Ausrede für die Zentralbank-Manager wurde darin gefunden, daß — wenn sie z. B. den Geldzuwachs bremsen — das ausgabefreudige Publikum das nötige Geld nicht selten doch findet, z. B. bei privaten Hypothekenfirmen, Bausparkassen usw. in England, „Spar- und Leih-Gesellschaften“, Trust Companies und einer Art Raiffeisenkassen sowie anderen Finanzierungsfirmen in Amerika und Kanada („financial intermediaries“, eigentlich „finanzielle Zwischenvermittler“). Diese Finanzorganisationen neh-

men auch Depositen an und tätigen viele andere Geldgeschäfte, unterliegen aber als „Nicht-Banken“ keiner direkten Kontrolle von seiten der Zentralbank, wie die Geschäftsbanken mit Mindestreserven u. dgl.

Es wurde aber von mehreren akademischen Volkswirten nachgewiesen, daß die Zentralbanken in solchen Fällen doch ihren Willen durchdrücken können, wenn es auch etwas länger dauert, bis die Geldrestriktionen Fuß fassen, oder wenn diese sicherheits halber etwas stärker als sonst angewandt werden müssen. Die ganze Diskussion über diese Finanzgesellschaften (oder „near-banks“, die also den Banken nahekommen), der zumindest im englischen Sprachgebiet ziemliche Bedeutung beigemessen worden ist, dreht sich natürlich hauptsächlich um ein Umlaufgeschwindigkeitsproblem bzw. um das Problem des ruhenden oder trägen Geldes (idle money). Prof. Frank Brechling sagte dazu in einem vervielfältigten Konzept des Artikels „Financial Intermediaries and Monetary Policy“ (Finanzgesellschaften und Geldpolitik) für „Belgian National Bank Review“ (meine Deutschübersetzung):

„Sobald die Unterscheidung zwischen aktivem und ruhendem Geld gemacht wird, ist es leicht zu sehen, wie die geplante Erhöhung der Ausgaben ausgeführt werden kann trotz der restriktiven Geldpolitik. Die potentiellen Käufer brauchen nur ruhendes Geld zu bekommen und es dann auszugeben. Grundsätzlich sind zwei Quellen von ruhendem Geld für sie da; ihre eigenen ruhenden Geldbestände und diejenigen von anderen Leuten. . . . Schließlich können sie zu einer Finanzgesellschaft (financial intermediary) gehen und Geld borgen, das diese wiederum von einem Eigentümer ruhenden Geldes geborgt hat.“

Es ist sehr zweifelhaft, daß träge ruhende Geldbestände von irgendwie ernsthaft störender Größe gehalten würden, wenn wirksame Methoden der Geldumlaufsicherung fortlaufend angewandt würden. Wenn damit diese „gefährlichen“, ruhenden Geldbestände ausgemerzt würden, wären plötzliche, große Erhöhungen der Umlaufgeschwindigkeit (die den Eindruck erwecken könnten, daß sie keine normale Obergrenze habe) unmöglich. Nähere

Erläuterungen zu „idle money“ oder „speculative balances“ (nach der Keyneschen Unterscheidung), also „spekulative Kassenhaltung“ werden im Abschnitt über das „Keynessche“ System, z. B. im Zusammenhang mit Figur 4 und besonders Figur 6 gegeben werden.

Inflation anstatt Umlaufsicherung?

Verschiedentlich wurden Vorschläge gemacht, die mehr oder weniger darauf abzielen, eine leichte alljährliche Inflation als Geldumlaufsantrieb zu verwenden anstatt der Umlaufgebühr, oder bis zu ihrer Einführung (vgl. z. B. die Besprechung von Werner Zimmermanns Schrift, „Konjunktur ohne Inflation“ in „Freisoziale Presse“, Lüdenscheid, Nr. 30 vom 25. 7. 1964, S. 3). Ein Inflationsprozentsatz von 3% mag wohl die Umlaufgeschwindigkeit jahrelang stimulieren, ist aber nicht so zuverlässig und nicht so ehrlich und fair gegenüber der großen Mehrheit des Volkes, wie eine Geldgebühr von jährlich 3%. Letztere würde nur bei den wenigen ins Gewicht fallen, die große Geldbeträge ungenutzt halten würden, aber die meisten Menschen benützen ja ihr Geld ohne unnötige Hortung und hätten keine empfindlichen Verluste zu befürchten. Das Sparen würde auch nicht beeinträchtigt durch die Durchhaltekosten, die das Geld betreffen würden.

Diese Gebühren würden nicht abgezogen von Annuitätssummen, Wertpapieren, Versicherungsverträgen, Pensionen, langfristigen Sparguthaben und ähnlichem auf Geld lautenden Besitz, der die hauptsächlichsten Ersparnisse des Volkes darstellt. Solche Ersparnisse haben aber alle einen sehr großen Teil, oft mehr als die Hälfte, ihres Wertes verloren wegen der Inflationspolitik der Regierungen und Zentralbanken in den meisten westlichen Ländern seit dem 2. Weltkrieg. Diese verfehlte Geldpolitik war auch oft der Spartätigkeit abträglich. Neben anderen schlechten Auswirkungen bringt die Inflation auch Unsicherheit mit sich und wirft volkswirtschaftliche Kalkulationen um, auch Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Betriebsabrechnung, etc. was eine Deflation auch tun würde und zwar so, daß es noch viel gefähr-

licher wäre für die meisten Geschäfte.

Es ist offensichtlich geworden, daß verschiedene Faktoren die Wirksamkeit der Inflation als Mittel zum ununterbrochenen Hochhalten der Umlaufgeschwindigkeit vermindern, aber hier können nur wenige Punkte kurz angeschnitten werden. Wenn mit einer sofort fühlbaren 3%igen Geldgebühr die „normale Obergrenze“ der Umlaufgeschwindigkeit erreicht werden könnte, ist nicht gesagt, daß dies auch mit einer doch nicht sofort offensichtlichen 3%igen jährlichen Inflation möglich wäre. Viel mehr Geld wird zuhause gehalten und auch sonst gehortet, als im allgemeinen angenommen wird. Das wird — wenigstens in Nordamerika und Großbritannien — nur selten bekannt (z. B. bei Einbrüchen oder Ehescheidungen — u. a. beklagte sich eine Kanadierin, daß ihr Mann nachts seine Zeit damit verbringe, in vielen Eimern voll Silberdollars im Keller zu wühlen). Auf jeden Fall haben Studien von Nationalökonomern gezeigt, daß sogar in den letzten Inflationsjahrzehnten, wo doch Geldhaltung verlustreich war, eine sehr große Geldmenge träge ruhend gehalten worden sein muß.

Viele Leute verhalten sich, wie wenn sie gegenüber den Verlusten durch inflationäre Geldentwertung sehr nachlässig oder von der „Geldillusion“ beeinflusst wären, oder wie wenn sie sehr von der Tatsache beeindruckt wären, daß die Fortdauer der Inflation nicht sicher ist. Das ist besonders wichtig im Falle von Geschäftsleuten, die geneigt sind, wesentlich mehr zu investieren, z. B. als Sicherung gegen Inflation, wenn sie erwarten, daß ihr Prozentsatz höher ist, als wenn dieser wichtige, im voraus **erwartete** Inflationsprozentsatz niedriger wäre. Nun gibt es aber keine Garantie für die Höhe dieses Prozentsatzes, oder daß die Inflation sicher weitergehen wird und somit einen **ständigen** Antrieb zum Geldumschlag geben wird. Das Geld kann immer noch „streiken“ ohne einen definitiven und offensichtlichen, nennenswerten Verlust — in Deflation wird es sogar Wert gewinnen, während es träge herumliegt.

Eine Änderung in den Erwartungen oder Aussichten für den Prozentsatz der künftigen Inflation kann ohne Zwei-

fel wesentlich dazu beitragen, den tatsächlichen Inflationsprozentsatz zu ändern. Der Geldumlauf könnte sich so entscheidend verlangsamen, daß danach eine Deflation herbeigeführt wird. Die Deflation, die im allgemeinen von Rezession oder Depression und Arbeitslosigkeit begleitet wird, kann sogar dann eintreten, wenn die Zentralbank mehr zusätzliches Geld ausgibt als dem Anstieg der Produktionskapazität entsprechen würde. In unserer Formel, $P = G \cdot U : T$, kann P fallen, wenn sich U, die Umlaufgeschwindigkeit, genügend verringert, um die Erhöhung von G : T zu überwiegen. Das — oder eine viel geringere Erhöhung von P als von G : T könnte z. B. eintreten nach einem Preisrückgang an der Börse oder einem anderen Ereignis mit deprimierenden psychologischen Auswirkungen. Es wäre aber nichts zu befürchten, wenn angemessene Umlaufgebühren den zu langsamen Gebrauch des Geldes unzweifelhaft verlustreich gestalten würden. Weitere Gesichtspunkte der Inflation werden kurz im Abschnitt „Geldgebühren in einem ‚Keynesschen‘ System“ diskutiert werden.

Unwirksamkeit der Umlaufsicherung wegen „Auswegen“?

Wenn umlaufsbeschleunigtes Geld regelmäßig ohne unnötige Verzögerung weitergegeben wird, kann es entweder für Konsum oder direkte Investition verwendet werden, oder für Gutschrift in einem Sparkonto, oder zum Kauf von festverzinslichen Wertpapieren, Aktien usw. Obwohl dabei manche Transaktionen sein werden, die nicht direkt zum Volkseinkommen und zur Beschäftigung beitragen, bleibt die wichtige Tatsache bestehen, daß es nach der Einführung von Umlaufgebühren keinen „Ausweg“ gibt für Leute, die Geld horten wollen. Wer Geld erhält, wird unter einem gewissen Druck stehen, etwas anderes damit zu erwerben, wobei es für das Geld kein „Entkommen“ gibt, so daß bald genug „final demand“ („endgültige“ kaufkräftige Nachfrage) in Erscheinung treten wird. So würde, entsprechend dem englischen, bei Vollbeschäftigung immer wieder angewandten Ausdruck, „money is chasing goods“, das Geld den Waren (und Dienstleistungen und Besitz allgemein) „nachjagen“.

Damit würde nicht nur eine sog. Transaktions-Umlaufgeschwindigkeit, sondern auch die Einkommens-Umlaufgeschwindigkeit durch Geldgebühren angeregt werden. Selbst wenn man nur die Konsumentennachfrage als die wirksame, endgültige monetäre Nachfrage ansieht und die Investitionsnachfrage ausläßt als einen Posten, der sonst doppelt einberechnet wird, wird dasselbe immer noch stimmen.

Verschiedene Fragen wurden aufgeworfen über die Möglichkeit, die Gelddurchhaltekosten zu umgehen, so daß keine effektive monetäre Endnachfrage für Güter und Leistungen auftreten würde. Nur wenige Punkte können hier erörtert werden. Selbstverständlich könnten festverzinsliche Obligationen zu einem gewissen Grade im Preise steigen, wenn die mit Umlaufgebühren zu erwartende Senkung des allgemeinen Geldzinsfußes sich am Wertpapiermarkt auswirken würde (je nachdem, ob die Wirtschaftsteilnehmer nicht den Zins — sagen wir einmal — von 1% und eine 3%ige Gebühr zusammenrechnen, wenn sie den Ertragsunterschied zwischen Obligationen und Geld berechnen). Wenn aber zuviele Leute schnell Obligationen kaufen würden, z. B. solche, die von ausländischen Regierungen oder Firmen ausgegeben wurden, oder Fremdwährungen oder ähnliche Werte, dann würden die Preise dafür so sehr steigen, daß es nicht sehr profitabel wäre, sie zu dem Zwecke eines Ausweichens vor der Geldgebühr zu kaufen. Diejenigen, die das versuchen würden, könnten finden, daß sie mehr für ihre Ausweichversuche bezahlen würden als für die geringen Gelddurchhaltekosten.

Schließlich würde jeder, der ihnen solche Dinge wie Fremdwährungen verkaufen würde, wissen, daß er Gebühren bezahlen müßte für das Geld, das er erhalten würde (welches das einzige Geld wäre, das legal angenommen würde von allen Regierungsstellen u. a. m. im ganzen Inland). Daher würde er zumindest für diese Gelddurchhaltekosten entschädigt werden wollen. Wahrscheinlich würden diejenigen, die der kleinen Gebühr auf diesem Wege entgehen wollten, es bald aufgeben und die Marktpreise würden sich auf einen nicht übermäßig hohen Stand einstellen. Aber unbeschadet dessen, was

sich auf dem Gebiet der Fremdwährungen ereignen würde, wäre die ununterbrochene Zirkulation des eigenen Geldes im Lande gesichert und wirtschaftliche Stagnation könnte verhindert werden.

Dasselbe kann auch sinngemäß vom Grundbesitz gesagt werden. Eine Diskussion des **Bodenproblems** würde hier zu weit führen; meine M. A.-Dissertation darüber liegt nicht gedruckt vor, doch wertvolle Hinweise können u. a. in folgenden Arbeiten gefunden werden: O. Valentins „Die Überwindung des Totalitarismus“, H. K. R. Müllers Artikel in früheren Heften dieser „FSU-Informationen“, Müllers Heft „Das Bodenproblem einst und jetzt“, sein Buch „Die städtische Grundrente und die Bewertung von Baugrundstücken“, die Broschüre „Beitrag zur Lösung der Bodenfrage“ der Österreichischen Freiwirtschaftlichen Union, Linz, und Gells Werk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“.

Eine gerechte Lösung könnte, falls erwünscht, gefunden werden. Diese Probleme steigender Landpreise, der Bodenspekulation und riesiger, unverdienter Profite bestehen schon seit langer Zeit, aber es wurde praktisch nichts zu ihrer Lösung getan — von einigen Maßnahmen außerhalb Deutschlands abgesehen; z. B. soll in Zukunft in Großbritannien ein Teil der unverdienten Bodenpreissteigerungen zugunsten der Allgemeinheit abgeschöpft werden, aber das wird vielleicht auch wieder nur eine recht unvollkommene Maßnahme werden. In Schweden sollen zukünftige unverdiente Grundstücksprofite (nach Berücksichtigung von Geldentwertung) besteuert werden. Wenn die ungerechten Verhältnisse fast überall weiter bestehen und nach einer Einführung der Geldgebühren die Gewinne aus Grundstücken noch höher werden würden, wäre das hauptsächlich der Apathie der Öffentlichkeit gegenüber dem Landpreisproblem zuzuschreiben und nicht einem Mangel an Reformplänen — von denen einige eine faire Behandlung für jedermann vorsehen.

Auf jeden Fall ist es überraschend, wenn man feststellen muß, wie unter Volkswirten selbst solche, die in anderen Dingen vernünftig urteilen können, in „fallacy of composition“ (einen unglaublichen „Trugschluß der Zusam-

mensetzung“) verfallen: „Wenn einzelne Personen um die Geldgebühr herumkommen, kann man daraus schließen, daß diese Gebühr allgemein umgangen werden kann und daher wirkungslos ist.“ Diese verblüffende Behauptung ist vollkommen falsch, denn um der Gebühr zu entgehen, muß ja etwas anderes erworben werden und vor allem ist ja alles Geld im Wirtschaftssystem immer im Besitz von irgendwelchen Menschen oder Firmen usw. Somit gäbe es keinen Ausweg und die Geldgebühr würde von allem Geld eingezogen und würde ihren Zweck erfüllen. Sie würde natürlich wegen des Eigennutzes der Wirtschaftsteilnehmer die wünschenswerte, nachhaltige Erhöhung der Geldumlaufgeschwindigkeit bewirken.

Das Ankaufen von Gold, Edelsteinen und Schmuck im allgemeinen wurde als möglicher Ausweg von der Geldgebühr angeführt (vgl. Keynes, „General Theory“, 357-8). Die Konsequenz solcher, fast belanglos erscheinender, aber verhängnisvoller, kleiner Fehlurteile brachten Keynes bzw. viele derjenigen, die sich seines Namens bedienen, schließlich dazu, die beste Lösung nicht weiter in den von Keynes an sich als richtig bezeichneten Geldgebühren zu suchen, sondern in Fiskalpolitik wie z. B. „deficit spending“ als Mittel gegen Arbeitslosigkeit. (Aber vielfach ist, besonders in Nordamerika, unter Nationalökonomern schon seit über einem Jahrzehnt mehr und mehr eine Abkehr davon und eine Zuwendung zur Geldpolitik festzustellen.) Die Preise für die besprochenen Waren in Juweliergeschäften usw. könnten nicht nur für manchen Kauflustigen zu sehr steigen, sondern der Beschäftigungsgrad und das Volkseinkommen würden ebenfalls steigen als direkte Folgeerscheinung solcher Käufe. Zudem bliebe das ausgegebene Geld weiterhin unter Umlaufzwang. Somit brauchen wir uns darüber keine unnötigen Sorgen zu machen.

Völlige Abkehr vom Gold im Geldwesen

Die gegenwärtige, anachronistische Behandlung des Goldes macht einige weitere Bemerkungen ratsam, obwohl die grundlegenden, früher gegebenen

Antworten auch auf Gold angewendet werden können, egal was damit geschehen mag. Solange Gold offiziell durch US \$ 35 pro Unze gedeckt ist, ist ziemlich viel Goldproduktion immer noch profitabel (oder wird in Kanada durch Regierungssubventionen an Goldminenkonzerne im Werte von mehreren Millionen Dollars im Jahr noch genügend profitabel gemacht). Wenn die künstlich erzeugte Nachfrage von seiten der Zentralbanken und Regierungen zum offiziell gestützten Preis von \$ 35 aufhören würde und die amtlichen Goldhorte zum Verkauf angeboten würden, würde der Goldpreis im offenen Markt wahrscheinlich ganz wesentlich fallen und für einige Zeit würden hauptsächlich die vorhandenen Goldvorräte verwendet werden, während die Goldproduktion begrenzt werden würde.

Seitdem vor ein paar Jahren meine „ketzerischen“ Ansichten in dieser Hinsicht hauptsächlich unter mehreren nordamerikanischen Volkswirten, die sich aufs Geldwesen spezialisieren, verbreitet wurden, sprachen sich einige davon dafür aus, daß die Stützung des Goldpreises mit US Dollars fallen gelassen werden sollte (dabei haben meine Ausführungen vielleicht gar keine Rolle gespielt, oder vielleicht nur etwas zur Bestärkung der damals sehr wenigen „Rebellen“ beigetragen). Auch der weltbekannte Prof. G. Haberler machte auf der 15. Jahrestagung der Mont-Pélerin-Gesellschaft in Stresa den jetzt schon allgemein verbreiteten Vorschlag, unter Umständen das Gold von den USA zu \$ 35 die Unze bis zum letzten Gramm der amtlichen Horte abzugeben, gleichzeitig aber klarzulegen, daß die USA künftig nicht mehr bereit sind, Gold zu diesem Preis oder zu irgendeinem Preis überhaupt anzukaufen („Frankfurter Allgemeine Zeitung — Wirtschaftsblatt“, 18. 9. 1965, S. 5). Allerdings wurde auf meine damaligen Ansichten auch entgegnet, daß — wie im Falle von Silber — die Nachfrage nach Gold für nicht-monetäre Zwecke, z. B. in der elektronischen Industrie, auf lange Sicht gesehen recht groß werden kann. Daher wäre es möglich, daß — selbst wenn Gold nicht mehr als Geldmetall verwendet werden würde — sein natürlicher Preis im freien Markt vielleicht nicht für lange Zeit auf sehr niedrigem Stande bliebe.

Die Art der unnötigen und schädlichen, künstlichen Festsetzung des Goldpreises wird gut illustriert im Buch „From the Morgenthau Diaries“ (Aus den Tagebüchern Morgenthau), in dem erwähnt wird, daß eines Tages im November 1933 Präsident Roosevelt dem damaligen Secretary of the Treasury, Henry Morgenthau, jr., sagte, daß er den Preis des Goldes um 21 Cents hinaufsetze, weil das seine „lucky number“ — also seine Glückszahl (!) — war. Mr. Morgenthau schrieb dazu trocken: „If anybody ever knew how we really set the price of gold . . . I think they would be frightened“ (also etwa: „Wenn die Leute jemals wüßten, auf welche Art wir den Goldpreis tatsächlich festsetzen . . . würden sie erschrecken“). Nun, wegen nur 21 Cents hätte vielleicht wenige Leute „die Furcht gepackt“. Doch nicht lange danach, am 31. 1. 1934, wurde der Goldpreis von \$ 20.67 auf \$ 35.— pro Unze erhöht, was unverdiente Riesenprofite an dem vorhandenen und noch produzierten Gold ergab.

Daß die Goldinteressenten immer wieder dabei sind, eine Goldpreiserhöhung durchzusetzen, wurde u. a. vor einigen Jahren bekannt, als einer meiner kanadischen Volkswirtschaftsprofessoren in einer Vorlesung erklärte, daß er aus ethischen Gründen ein finanziell außerordentlich gutes Angebot von einer Stelle in Südafrika ablehnte, über eine Erhöhung des Goldpreises in mehreren Ländern Vorträge zu halten und auch zudem wichtige Persönlichkeiten zu beeinflussen. Falls eine Goldpreiserhöhung stattfinden sollte, solange die kommunistischen Länder ihre sehr hohen Goldvorräte beibehalten, würden sie auch auf diesem Wege ungeheuer große Geschenke von amerikanischen Dollars bekommen.

Einige internationale Währungsfragen, besonders: Freigabe der Wechselkurse?

Ein Währungssystem mit Geldgebühren könnte auf nationaler Basis eingeführt werden, sowohl als auch auf internationaler Basis, was noch besser wäre. Zusätzlich zu den umlaufsregulierenden Landeswährungen könnte ein (bis jetzt noch nicht vorgeschlagenes) ebenfalls umlaufgesichertes interna-

tionales Papiergeld verwendet werden, dessen Ausgabe sorgfältig kontrolliert werden könnte, so daß seine Menge weder zu groß noch zu klein wäre — es wäre vom Golde völlig losgelöst. Gold ist nicht mehr die direkte „Basis“ nationaler Währungssysteme, aber wegen des internationalen Gold-Devisen-Standards mit festen Wechselkursen kann es noch gefährliche Auswirkungen auf die westlichen Volkswirtschaften haben. Dabei ist Gold für Währungszwecke nicht nötig und seine Rolle als Währungsmetall könnte ohne Nachteile für die Weltwirtschaft beendet werden. U. a. würde das verhindern, daß die relativ freien Volkswirtschaften in ernsthafte Schwierigkeiten geraten wegen einer ungenügenden Versorgung mit internationalen Zahlungsmitteln. Unter dem derzeitigen Golddevisen-Währungssystem können deflationäre Tendenzen mit Rezessionen und Arbeitslosigkeit entstehen, weil der prozentuale Zuwachs der monetären Goldvorräte normalerweise wesentlich niedriger ist als der der potentiellen internationalen Transaktionen. Die „freie“ Weltwirtschaft könnte sehr unangenehm gegen die vom Golde gezogene Obergrenze stoßen.

Obwohl dieses Mißverhältnis zum Teil überbrückt werden kann, dürfte es im Laufe der Zeit ein immer schwierigeres Problem werden. Das derzeitige, schlecht geplante westliche Weltwährungssystem „braucht“ eben noch bestimmte Goldvorräte und einen höheren Währungsmetallzuwachs, wenn es nicht ein gefährliches Hindernis für das Wachstum „freier“ Volkswirtschaften darstellen soll. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß eine solche Fehlentwicklung noch großteils aufgeschoben wurde, da neue, große Goldzuflüsse von kommunistischen Ländern mithalfen, internationale Liquiditätsmängel zu überbrücken — z. B. 1962-63, als die meisten Fachleute der wichtigen westlichen Länder eine allgemeine Wirtschaftskrise erwarteten (die in England schon begonnen hatte) und nicht nur die „Kuba-Rüstung“ die nordamerikanische Wirtschaft wieder belebte. Die neuerlichen kommunistischen Goldlieferungen für westliche Landwirtschaftliche Produkte wurden von der bekanntesten englischen Wirtschaftszeitschrift „The Economist“ so kommentiert: „Das

ächzende (oder knarrende), ungenügende internationale Zahlungssystem des kapitalistischen Westens wurde wieder einmal vom ächzenden (ebenso nicht gut laufenden) Farmsystem des kommunistischen Ostens aufrechterhalten. . . . Das russische Gold ist leicht zu entdecken, weil es größere Reinheit (999/1000) aufweist als das westliche . . . es wird oft direkt an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel verkauft. . . . Die Goldproduktion von Südafrika, der wichtigsten westlichen Goldquelle, wird voraussichtlich nach 1969 merkbar absinken“ mit Stagnationstendenzen für die westlichen Länder, wenn sie ihr heutiges Währungssystem aufrechterhalten (20.11.65) Trotz der ein klein wenig höheren Goldproduktion im Westen und großer russischer Goldverkäufe im Jahre 1965 vergrößerten sich die heutzutage für das internationale Zahlungssystem so wichtigen, offiziellen Goldreserven praktisch nicht mehr, weil scheinbar alles „neue“ Gold zur Industrie und besonders zu den Goldhorthern ging („The Economist“, 15. 1. 1966).

Unter einem wirkungsvollen System der Geldumlaufsicherung könnten die Wechselkurse der Währungen mit mehr Berechtigung als je zuvor freigegeben werden. Wenn einmal die einzelnen Länder den Geldwert innerhalb ihrer Grenzen mit guter Steuerung der Umlaufgeschwindigkeit und der Geldmenge stabil halten würden, würden sich die Wechselkurse der Währungen im allgemeinen sehr wenig verändern, obwohl sie ständig die Freiheit hätten, sich auf ihre „richtigen“, natürlichen Werte einzuspielen. (Wie den meisten Lesern bekannt sein wird, ist eines der Argumente gegen die künstlich fixierten Wechselkurse, daß sie ein Land — selbst wenn es sein Bestes tut, um seine Währung stabil zu halten — zwingen können, wegen Fehlentwicklungen in anderen Ländern eine inflationäre oder deflationäre Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die ihm schädlich ist.)

Manche Leute bezeichneten Harry D. White als kommunistischen Agenten, der half, die westliche Welt an ein System von Gold-Devisen-Währungen mit fixierten Wechselkursen zu ketten, das mit Sicherheit ernste Schwierigkeiten hervorruft. Das dürfte zu weit gehen, aber man kann doch sehen, daß es viel

besser gewesen wäre, wenn die westlichen Länder in Bretton Woods die Keyneschen und früheren „freiwirtschaftlichen“ Vorschläge für freie Wechselkurse angenommen hätten. Jeder, der zwischen 1950 und 1962 in Kanada die Wirtschaftspolitik aufmerksam verfolgte, weiß, daß das System des freien oder flexiblen Wechselkurses die ganzen Jahre sehr gut funktionierte, bis die kanadische Regierung anfang, Unsinn damit zu treiben und eine Spekulationswelle hervorzurufen (nach dem Entschluß, den Wechselkurs des kanadischen Dollars herunterzudrücken). Schließlich entsprach sie sogar den lang gehegten Wünschen des International Monetary Fund und anderer Bankkreise und band diesen Wechselkurs an ein fixes Verhältnis zum Gold.

Die meisten kanadischen Volkswirte, die Fachleute auf diesem Gebiet sind — besonders an den Universitäten — befürworten auch heute noch den flexiblen Wechselkurs. Neuerdings wird in Kanada auch ganz allgemein wieder mehr die Forderung nach dem altbewährten flexiblen Wechselkurs gestellt und selbst Mr. Earle McLaughlin, der Chairman der Royal Bank of Canada, ein Hauptvertreter der Bankkreise (die sich sonst vielfach altmodisch an die Idee des goldgebundenen fixen Wechselkurses festklammerten) sagte, daß der kanadische Dollarkurs wieder freigelassen werden solle („The Economist“, 12. 2. 1966, S. 623 und 16. 3. 1966, S. 1246). Auch in „The Economist“ vom 23. 4. 1966 (S. 384-5) heißt es, daß nunmehr in den meisten Ländern nicht nur „eine klare und große Mehrheit der akademischen Nationalökonomien“ einsehen, daß eine zufriedenstellende Lösung der internationalen Währungsprobleme „nur mit flexibleren Wechselkursen zu erreichen ist“, sondern daß auch viele sonstige Finanzexperten und Zentralbankleute — oft privat und manchmal auch öffentlich — derselben Überzeugung Ausdruck geben. Das derzeitige System mit der Bindung an Gold für \$ 35 pro Unze könne nicht erhalten bleiben und es bestehe die Gefahr, daß eine große Krise und der Abbruch dieses Systems einmal plötzlich kommen würde.

In Südkorea wurde übrigens im März 1965 ein flexibler Wechselkurs eingeführt. Nach einem Jahr praktischer Er-

fahrung kann man mit voller Berechtigung sagen, daß diese Freigabe des Wechselkurses des koreanischen Won sehr gut und erfolgreich war (Barclays Bank Bericht, 22. 3. 1966). — Es ist bedauerlich, daß die deutsche Bundesregierung und Bundesbank mehrere Gutachten von anerkannten Währungssachverständigen ablehnten, die eine größere Flexibilität der Wechselkurse fordern (neuerdings wieder 26 Nationalökonomien aus 8 Ländern, darunter die Professoren Sohmen, Giersch und Meyer).

Weitere Anmerkungen zur „G·U“-Analyse (MV approach)

Im Englischen werden die obigen Ausführungen als „MV approach“ ein-klassifiziert (M = money = Geld, V = velocity = Umlaufgeschwindigkeit), was wir „G·U-Analyse“ heißen wollen, während vom nächsten Abschnitt an „a Keynesian approach“, also eine „Keynesche Analyse“ oder „Keynesche Untersuchungsmethode“ versucht wird. Diese beiden Arten, die Probleme zu analysieren, schließen einander nicht aus; die „Keynesche“ wird zumindest von akademischen Volkswirten als die modernere angesehen, aber die „G·U“-Analyse wird auch öfters verwendet und als gültig anerkannt. Zur G·U-Analyse (wie auch später zur Keyneschen Analyse) des Problems „Vollbeschäftigung ohne Inflation“ wäre noch wesentlich mehr zu sagen, doch können schon aus Raumgründen nur wenige zusätzliche Bemerkungen gemacht werden.

Das System der gesetzlichen Mindestreserven, die die Banken halten müssen, ist nur in **einer Richtung** mit einiger Sicherheit operativ, hilft aber nichts in der anderen Richtung, die am wichtigsten ist, um aus einer Depression oder Rezession herauszukommen. Es bestehen keine Vorschriften, daß diese Reserven auch nur eine bestimmte **Höchstgrenze** erreichen dürften und es kann ohne weiteres **mehr** Geld gehalten werden, als nach den vorgeschriebenen Prozentsätzen für die Mindestreserve nötig ist. Überschüssige Reserven können die Wirksamkeit der Geldpolitik sehr beeinträchtigen; z. B. in der Großen Depression hatten allein die Federal Reserve Mitgliedsbanken

in den USA Reservenüberschüsse bis zur Höhe von etwa sieben Milliarden Dollars (zum damaligen, hohen Geldwert eine immens große Summe) und nach Angaben von Fachleuten wie Prof. Irving Fisher wurden zusätzlich mehrere Milliarden Dollars von Geschäfts- und Privatleuten außerhalb der Banken gehortet. Neu ausgegebenes Geld wurde vielfach nicht für „wirtschaftsankurbelnde“ Käufe verwendet, sondern untätig stillgehalten (Keynessche Liquiditätspräferenz, Vorliebe für Liquidität).

In Inflationszeiten sind irgendwelche überschüssige Reserven meist sehr klein, aber man könnte heutzutage den Vorschlägen für ein „100 %iges Reservensystem“ noch eine gewisse Berechtigung zusprechen, denn wir können uns nicht auf einen ununterbrochenen inflationären boom (Hochkonjunktur) verlassen. Wenn aber die Geldumlaufgeschwindigkeit ziemlich gut gesteuert wird durch Einführung des oben beschriebenen Umlaufzwanges, werden solche Bedenken wegen der Bankreserven, wie z. B. im „Friedman-Plan“ (nach Prof. Milton Friedman von der University of Chicago) überflüssig.

Schließlich, wenn durch die Umlauf-

sicherung die Umlaufgeschwindigkeit erhöht und dementsprechend die Geldmenge vermindert würde im Verhältnis zu dem Volumen der Transaktionen, würde in der künftigen Geldpolitik mit einer bestimmten Geldmengenveränderung eine größere Wirkung hervorgerufen. Dann wären beispielsweise die „open market operations“, die Transaktionen in der Offenmarktpolitik der Zentralbank, kleiner und damit auch die Störungen, die sie im Wertpapiermarkt hervorrufen könnten.

Da die notwendige Geldmenge verhältnismäßig wesentlich geringer sein würde als heute, müßte auch dementsprechend weniger Geld umgetauscht werden, wenn die Geldgebühren fällig würden. Die Kosten für einen Neudruck der Banknoten, die ohnehin relativ sehr gering sind, wären entsprechend der kleineren Geldmenge niedriger, als man nach dem heutigen Stand der Dinge annehmen könnte (es wäre natürlich nicht nötig, das Gesamtbild der Banknoten für jeden Umtausch zu ändern, sondern meistens könnte derselbe Entwurf für die neuen Geldscheine verwendet werden und nur die Seriennummer und -farbe an den Außenrändern usw. müßten anders gedruckt werden).

Geldgebühren in einem „Keynesschen“ System

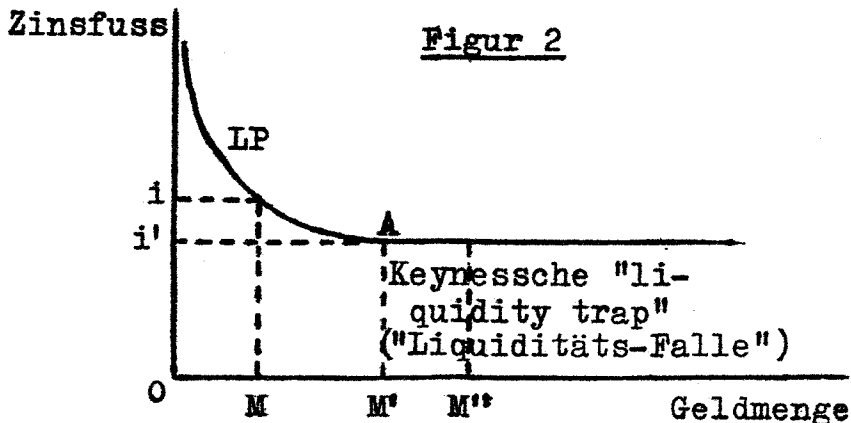
Es wird nun unvermeidlich, die unter Volkswirten allgemein üblichen „Keynesschen“ grafischen Darstellungen zu verwenden, die etwas komplizierter sein werden als die früher gebrauchte Figur 1. Es würde eines Lehrbuches (wie z. B. dem schon erwähnten von Erich Schneider) bedürfen, wollte man alles ganz detailliert zu erklären versuchen. Das ist natürlich in diesem kleinen Heft unmöglich, doch alle, die sich mit diesen Ideen ernsthaft befassen, sollten sich um das grundlegende Verständnis der Keynesschen Gedanken und ganz besonders der entsprechenden grafischen Darstellungen bemühen (die dazu geeigneten Lehrbücher von Schneider und anderen sind wohl in vielen Bibliotheken erhältlich). Anders ist die bestehende Kluft zwischen sehr einflußreichen, meist akademisch ausgebildeten Leuten und denjenigen, die eine Umlaufsicherung des Geldes befürworten, kaum zu überbrücken. Und das dürfte unumgänglich sein, um diese Idee sowohl bei den leitenden Stellen genügend bekannt zu machen als auch bei denen, die (nicht zuletzt von den Universitäten aus) großen Einfluß auf ihre Entscheidungen in Gegenwart und Zukunft ausüben — z. B. durch Studentenbeeinflussung.

Bis jetzt konnte ich noch keine Ausarbeitung der Idee der Umlaufsicherung in den modernen „Keynesschen“ grafischen Darstellungen von seiten der Vertreter dieser Idee entdecken. Andererseits schienen auch noch keine akademischen Volkswirte versucht zu haben, diese Idee mit den an allen Universitäten üblichen grafischen Darstellungen zu untersuchen, bis ich vor einigen Jahren damit anfang. Es war festzustellen, daß dann von Nationalökonomien und ihren Studenten, die meistens sehr auf diese modernen Zeichnungen eingestellt sind, sowie von anderen wichtigen Leuten diesen Ideen mehr Interesse entgegengebracht wurde.

Die Untergrenze des Geldzinses und die Unschädlichmachung der „Liquiditäts-Falle“

Die Untergrenze des Geldzinses und die Unschädlichmachung der „Liquiditäts-Falle“

Nach der Keynesschen Analyse, die auf der Grundlage des immer noch üblichen, hortbaren Geldes gemacht wurde, kann eine Erhöhung der Geldmenge den Zinssatz nur bis zu einem bestimmten Punkt herunterdrücken — schätzungsweise 2% oder etwas mehr. An einer Stelle („General Theory“, S. 219) spricht Keynes von einer Untergrenze der langfristigen Zinssätze von 2 oder 2,5% in den damaligen Verhältnissen. Heutzutage könnte diese Untergrenze höher sein als angenommen von Keynes, der, als er diese Gedanken formulierte, von den Depressionsverhältnissen mit geringen „expectations“ (Aussichten, Erwartungen) beeinflusst worden sein mag, die damals lange Jahre in England und sonstwo vorherrschten.

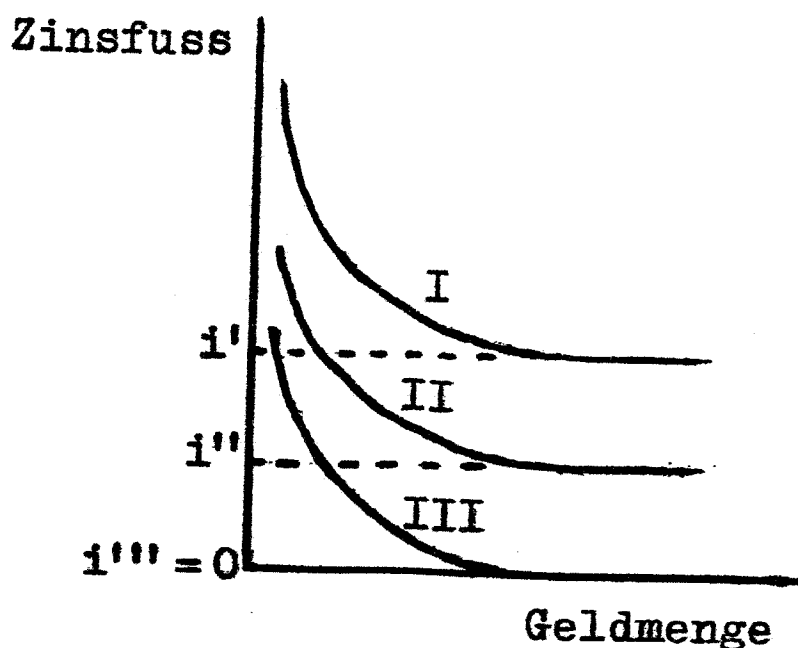


In Figur 2 ist zu sehen, daß z. B. bei expansiver Geldpolitik („billigeres“ Geld) eine Erhöhung der Geldmenge von OM auf OM' — falls sich alles andere gleich bleibt — einen Fall des Zinsfußes von i auf i' nach sich zieht. Aber von Punkt A an nach rechts wird die Liquiditätspräferenzkurve (LP) horizontal (die Wirtschaft ist dann in der „Liquiditäts-Falle“ gefangen), so daß eine zusätzliche Erhöhung der Geldmenge, z. B. zwischen M' und M'', den Zinsfuß nicht mehr weiter (unter i') senken kann. Wenn nämlich der Zinsfuß so niedrig wird, ist die Möglichkeit, daß er in Zukunft wieder ansteigt, sehr stark und ein Fallen der Preise festverzinslicher Wertpapiere wäre dann unvermeidlich. Somit, wenn man sich die niedrigen Zinsen entgehen läßt, die von diesen Wertpapieren zu bekommen wären, ist der Verlust sehr klein, aber bei einem Wertpapierkauf ist das Risiko eines Kapitalverlustes sehr groß. Daher werden viele Wirtschaftssubjekte lieber Geld horten („spekulative Kasse“ halten) als Wertpapiere kaufen, deren Kurswert weit mehr fallen dürfte, als die geringen Zinseinnahmen der Zwischenzeit einbringen würden.

Neuausgabe von Geld hilft dabei nicht viel, wie in der Großen Depression klar wurde, in der, wie englisch-

sprachige Volkswirte sagen, „the economy got mired in the liquidity trap“, also: die Volkswirtschaft war festgefahren bzw. blieb stecken in der Keyneschen „Liquiditäts-Falle“. Deren Bestehen ahnte Gesell wahrscheinlich schon lange vor Keynes. Gesell drückte sich aber nicht so aus und er verwandte auch nie die Begriffe „Liquiditätspräferenz“ und „Liquiditätsprämie“ in seiner Begründung der Geldhortung und des Bestehens eines Minimum-Zinssatzes. Seine Ableitung des „Urzinses“ aus dem Kaufmannsgeld war nicht glücklich gewählt, aber seine Reformvorschläge sind — nach geeigneter Modernisierung — immer noch aktuell für Vollbeschäftigung ohne Inflation. Das Lob, das Gesell von Keynes gezollt wurde, machte vielfach die Gesellschen Ideen unter Fachleuten erst diskutabel. Gesell verdient besondere Anerkennung: ohne akademisches Volkswirtschaftsstudium (oder vielleicht gerade deshalb) entdeckte er äußerst wichtige Dinge, die die zünftigen Volkswirte nicht sahen oder nicht sehen wollten und die selbst Keynes erst nach den bitteren Erfahrungen der Großen Depression — also über 40 Jahre nach Gesell — erkannte, obwohl er, wie er zugab, schon längere Zeit vorher von Gesellianern darauf aufmerksam gemacht worden war.

Figur 3 :



Geldgebühren würden das obige Bild ganz wesentlich ändern, besonders wenn sie als eine beständige Maßnahme angekündigt und eingeführt werden würden, oder ansteigend, bis sie ein recht stabiles Niveau erreichen. Der Vorgang kann etwa so illustriert werden, wie in Figur 3. Die LP-Kurve I ist der in Figur 2 dargestellten ähnlich. Kurve II zeigt, wie die Liquiditätspräferenz-Skala nach wenigen Jahren unter meinem System grafischer Darstellung aussehen könnte, wenn — wie von mir vorgeschlagen — erst ein Teil der vorgesehenen Umlaufgebühren eingeführt wäre. Die Untergrenze des möglichen Zinsfußes würde dann bei i'' liegen. (Natürlich haben wir es im Markt nicht nur mit einem Zinsfuß zu tun, sondern mit einem „Spektrum“ von Zinssätzen, aber wir halten uns hier an die übliche Vereinfachung.) Die Kurve III zeigt, daß durch die Geldgebühren, die in diesem (späteren) Falle eingehoben würden, die LP-Kurve so weit nach unten verschoben würde, daß ihr völlig elastischer Teil mit der horizontalen Achse gleichlaufen würde. Der niedrigstmögliche Zinssatz, i''' , wäre dann null Prozent. So ist zu erwarten, daß die „Liquiditäts-Falle“ beseitigt würde und zusätzliche Investitionen ermöglicht würden.

Zudem könnte die LP-Kurve nicht nur so weit nach unten verschoben werden wie soeben erklärt, sondern, falls es für Vollbeschäftigung nötig wäre, könnte mit genügend hohen Gelddurchhaltungskosten die gesamte Liquiditätspräferenz auch so sehr verringert werden, daß die LP-Kurve die horizontale Achse schneiden und teilweise unter ihr bleiben würde. Ähnliche Überlegungen treffen auf die LM-Kurve in meiner Figur 8 zu (diese LM-Kurve wurde von Prof. Erich Schneider und anderen Volkswirten als „LL“-Kurve bezeichnet). Wenn solch ein System funktionieren würde, wären Befürchtungen wegen einer „Liquiditäts-Falle“ unnötig, weil sie neutralisiert wäre. Unerwünschte Geldhortung wäre unter diesem System eliminiert und die „Liquiditäts-Falle“ wäre praktisch inoperativ und unschädlich.

Jeweils, wenn wegen einer „Liquiditäts-Falle“ eine Gefahr für die Vollbeschäftigung entstehen würde, könnten die LP- und LM-Kurven weiter heruntergebracht werden und jede mögliche

„Liquiditäts-Falle“ auf einem unerwünscht hohen Niveau könnte auf ein harmloses, belangloses Niveau reduziert werden, bevor sie gefährlich werden könnte. Anstatt den Sachverhalt so darzustellen, daß sich die LP- und LM-Kurven nach Einführung einer Geldgebühr nach unten bewegen, könnte man diesen Tatbestand auch so ausdrücken, daß sich die horizontale Achse um den Prozentsatz der Gebühr nach oben verschiebt. (Einige Professoren sagten mir, daß sie diese Art der Ableitung bevorzugen würden, daß es aber nicht viel Unterschied macht.) Dabei kommt man natürlich zum selben Resultat und die grafischen Darstellungen sind danach in keinem wesentlichen Punkte von den hier vorgezeichneten zu unterscheiden.

Es muß hier noch angefügt werden, daß es völlig ungerechtfertigt ist, wenn die Wirtschaftsverhältnisse seit dem 2. Weltkrieg dafür angeführt werden sollen, das Vorhandensein einer „Liquiditäts-Falle“ überhaupt abzuleugnen. Eine solche überoptimistische Einstellung würde vollkommen übersehen, daß die viele Jahre hindurch herrschende „dosierte“ Inflation ja zufällig gerade eine ähnliche Wirkung — aber unsicher und mit schlechten Begleiterscheinungen, wie schon erwähnt — hervorgerufen haben mag, wie die oben beschriebenen Reformvorschläge.

Senkung der Rentabilität des Sachkapitals (und Friedens-Probleme)

Auf jeden Fall, wenn es in Zukunft für maximale Wirtschaftstätigkeit notwendig werden würde, könnte die gesamte Liquiditätspräferenz mit entsprechenden Geldgebühren noch weiter heruntergedrückt werden, aber wir sollten uns wohl nicht im Detail den Kopf zerbrechen über die Probleme bei einem Sachkapitalertrag von 0%, den sogar Keynes nur nach vielen Jahren friedlicher Vollbeschäftigung erwartete (z. B. „General Theory“, S. 220). Ungeheure Investitionen in anderen Dingen als Rüstung u. dgl. wären nötig, bevor das Sachkapital so reichlich vorhanden wäre, daß seine Rentabilität in guter Konjunktur so niedrig würde, daß eine tiefer liegende Liquiditätspräferenz-Skala benötigt würde als die, die in Figur 3 mit III dargestellt wird. Keynes

sagte, daß der Geldzins eine Prämie für das Nicht-Horten sei („General Theory“, S. 174) und diese Liquiditätsprämie könnte in Zukunft, wie ich mit der LP-Kurve III gezeigt habe, auf nichts zusammengedrückt werden.

Die ständige Senkung der Rentabilität des Kapitals, die schon die klassischen Volkswirte voraussahen, ist nicht den Erwartungen entsprechend gekommen und einige Volkswirte haben ihr Erstaunen darüber geäußert. Es scheint, daß bis jetzt eine solche Kapitalfülle und ein solch ständiges Sinken der Rentabilität verhindert wurde von wirtschaftlichen Depressionen oder Rezessionen (Keynes macht hier ganz besonders stark die hohe Liquiditätsprämie des Geldes verantwortlich — „General Theory“, S. 242), sowie von Kriegseinwirkungen, Rüstung und anderen Verschwendungen und Katastrophen, die nützliche Kapitalbestände zerstörten oder die Kapitalbildung hemmten.

In der Nachkriegszeit wurden weit über tausend Milliarden Dollars ausgegeben für militärische und andere Zwecke, die kein Absinken der Kapitalrente hervorrufen. Doch vielfach ist eine deutlich abwärtsgerichtete Tendenz der durchschnittlichen Profitsätze zu verzeichnen (mit Schwankungen nach oben in Hochkonjunktur und nach unten in Rezessionen). Wenn ein großer Teil dieser riesigen Summen unproduktiver Ausgaben besser verwendet worden wäre für Investitionen in Kapazität für nur friedliche Produkte, dann wäre die Kapitalsrentabilität viel weiter gefallen, während ein viel größerer Kapitalstock aufgebaut worden wäre. Doch bevor man damit sehr weit gekommen wäre, wäre die von der Eigenart des heutigen Geldes gesetzte Zinsuntergrenze erreicht worden, oder vielleicht schon vorher wären die Verhältnisse wieder reif geworden für eine ernste Rezession oder Depression, und die Kapitalbildung wäre wieder gehemmt worden.

Keynes sagte, daß das alte Ägypten das „Glück“ hatte, zwei große unproduktive Ausgaben zu haben, nämlich den Pyramidenbau und die Suche nach Edelmetallen. Unter den unproduktiven Ausgaben des Mittelalters zählte er die Kathedralen und Totenmessen auf. Dann schrieb er ironisch: „Zwei Pyramiden, zwei Messen für die Toten sind

doppelt so gut wie eine, aber nicht so zwei Eisenbahnen von London nach York“; kurz: „wir haben keinen so leichten Ausweg aus dem Elend der Arbeitslosigkeit“ („General Theory“, S. 131). Unproduktive „Investitionen“ wie Pyramiden drücken den Kapitalertrag nicht krisenhaft herunter, wie es eine zweite, private Eisenbahn tut.

Einige Jahre nachdem Keynes dies geschrieben hatte, während des 2. Weltkrieges, schrieb einer meiner kanadischen Professoren in Toronto ein Büchlein, „The Permanent War, or Homo the Sap“, in dem er u. a. sarkastisch meinte, im Kapitalismus müsse es wohl so gemacht werden, daß immer ein „ständiger Krieg“ zur Hand wäre, den man bei guter Konjunktur vernachlässigen könne, den man aber gleich wieder anschüren könnte, wenn größere Arbeitslosigkeit zu befürchten wäre. Das tat der Karriere des übrigens ausgezeichneten Professors nicht sehr gut (L. T. Morgan, dessen Satire neuerdings wieder abgedruckt wurde in H. R. Innis's „Selected Readings in Economics“, Toronto, Pitman), jedoch paßt es überraschend gut auf den „Kalten Krieg“ mit Korea, Kuba, Vietnam u. a. m., wie man feststellen konnte, wenn man in Nordamerika lebte. Beispielsweise half das Anheizen des Vietnam-Krieges den Amerikanern, zu verhindern, daß die von vielen ihrer Experten für spätestens 1966 erwartete Rezession eintraf und bekanntlich genügte ja schon ein friedlicher Brief von der nordvietnamesischen Regierung, die amerikanischen Börsenpreise sehr ins Wanken zu bringen. Die Meinungen wohlinformierter amerikanischer Persönlichkeiten (auf S. 13 dieser „Informationen“ für März 1966 von E. Lindemann zitiert) könnten auch angeführt werden, um zu zeigen, daß die einflußreichen Kreise den Weltfrieden und das damit verbundene Absinken der Kapitalsrentabilität und die folgende Wirtschaftskrise fürchten.

Andererseits weisen die Zinssätze in der Nachkriegs-Inflation nicht dieselbe durchschnittlich absteigende Tendenz auf wie vielfach die Prozentsätze der Kapitalerträge. Daher können zweifellos Bedenken darüber aufkommen, wie sich diese beiden Prozentsätze auf lange Sicht wohl bewegen dürften. Die sog. „Grenzleistungsfähigkeit des Ka-

pitals" (ein geschätzter, zu erwartender Ertragsprozentsatz von zusätzlichem Kapital) und die Zinssätze könnten sich in Zukunft so verhalten, daß wirtschaftliche Aktivität und Beschäftigungsstand absinken, oder nicht genügend ansteigen, um Vollbeschäftigung zu verbürgen.

Zu dem schon umschriebenen, meiner Ansicht nach falsch gewählten Ausdruck „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ wäre noch zu sagen, daß Keynes keinen Zweifel darüber ließ, daß es sich **nicht** um eine „Produktivität“ des Kapitals handle, sondern um seine Knappheit, die es dem Kapitalbesitzer ermöglicht, einen Ertrag dafür zu bekommen, wie der Grundbesitzer, der Grundrente erhält, weil der Boden knapp ist. Wenn das Kapital weniger knapp wird, verringert sich sein Ertrag, obwohl es noch ebenso produktiv wie vorher oder gar noch produktiver ist. Keynes sprach lobend davon, daß Gesellschaft diesen Begriff von Sachkapitalertrag gekannt und klar vom Geldzins unterschieden hatte, und daß dieser erwartete, eingeschätzte Ertrag selbst mit Geldgebühren erst im Laufe der Zeit reduziert werden kann, wenn der Kapitalbestand verhältnismäßig ansteigt. Wie schon angedeutet, könnte mit solchen Umlaufgebühren in etwa einer Generation friedlicher Vollbeschäftigung (ohne Inflation) dieser Kapitalstock so groß werden, daß der Prozentsatz des Sachkapitalertrags an null herankommen könnte („General Theory“, S. 213, 355, 220, 221, 275, 376).

Weitere Unzulänglichkeiten der Inflation

Man kann nicht darauf vertrauen, daß Inflation ständig denselben, guten Einfluß auf die gesamte Liquiditätspräferenz und Zinssatzstruktur hat (real und nominell gesehen), wie die erwähnte Geldgebühr. Dieses Problem kann jetzt nicht in allen Einzelheiten bearbeitet werden. Es kann hier nur angefügt werden, daß Inflation keine solche definitive Verschiebung der Liquiditätspräferenzkurve nach unten verbürgt, wie es in meiner Figur 3 dargestellt ist (besonders Kurve III, ebenso meine Figur 4. untere Kurve im Quadrant B) und wie es für eine Sicherstellung ununterbrochener Vollbeschäftigung notwendig ist.

Neue, gerechtere Einkommensverteilung

Die Situation, die in diesen grafischen Darstellungen und in meiner Figur 8 illustriert ist, würde bedeuten, daß die Zinssätze, die sich im freien Markt bilden, auf lange Sicht viel niedriger werden würden als heute bzw. seit Jahrhunderten. Damit würde sich die Verteilung des Volkseinkommens wesentlich ändern. Der größte Teil der Menschen, deren Einkommen nicht ausschließlich aus Zinsen und (später ebenfalls absinkenden) Sachkapitalerträgen besteht, würde sich in den meisten Fällen besser stellen, vielfach sogar ganz bedeutend besser. Besonders die Arbeitenden — einschließlich der Unternehmer — würden höhere Einkommen erhalten und jedermann sollte in der Lage sein, von dem ständigen Zuwachs an wirtschaftlicher Aktivität zu profitieren. — Eine Überführung des (dann möglicherweise noch höher werdenden) Grundrenten- und Bodenpreiszuwachses an die Allgemeinheit wäre natürlich, wie schon früher angedeutet, ebenfalls anzustreben, wenn größere wirtschaftliche Gerechtigkeit erreicht werden sollte.

Kritik

an Wirtschaftswachstums-Theorien

Im Zusammenhang mit dem erwähnten Zuwachs der Wirtschaftsaktivität ist es interessant, daß Ronald Findlay in einem Artikel über Theorien des Wirtschaftswachstums in der englischen volkswirtschaftlichen Fachzeitschrift „Economica“ (Feb. 1963, S. 12 — meine Übersetzung) schrieb: „Ein grell auffallender Mangel, den alle beschriebenen Gedankenmodelle (des Wirtschaftswachstums) aufweisen, ist die vollkommene Vernachlässigung der monetären Varianten. Wenn dem Gelde sein gebührender Platz in der Theorie des Wirtschaftswachstums gegeben wird, ist es beinahe sicher, daß die Liquiditätspräferenz, und vielleicht sogar die Ideen des ‚mysteriösen‘ 17. Kapitels der ‚General Theory‘ eine Hauptrolle spielen werden.“

Findlay hat recht, wie teilweise in dieser Abhandlung schon gezeigt wurde und noch weiter ausgeführt werden wird. Gerade in jenem Kapitel 17 kommt Keynes den hier geäußerten Gedanken sehr nahe und sagt: „Jene Reformer,

die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel suchen . . . sind somit auf der richtigen Spur, und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient, erwogen zu werden."

Hansens Kommentar

Es ist bezeichnend, daß A. H. Hansen in seinem „Guide to Keynes“, was leider von sehr vielen Studenten mehr gelesen wird als die „General Theory“ von Keynes, das wichtige 17. Kapitel heruntersetzt und sich sogar nicht scheut, zu schreiben, es wäre nicht viel verloren gewesen, wenn es nie geschrieben worden wäre. In Bezug auf Kapitel 23 und 24, die für uns auch von Bedeutung sind, gebrauchte er u. a. das Wort „unverantwortlich“.

Im 23. Kapitel der „General Theory“ (S. 355) sagt Keynes u. a.: „Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird.“ So ist Hansen sehr voreingenommen und verschweigt den Lesern seines „Wegweiser“ oder „Führer zu Keynes“ äußerst wichtige Ideen, die Keynes in Kapitel 17 und in anderen Kapiteln brachte. Sein Buch scheint öfters ein „Wegweiser zu Hansen“ zu sein, anstatt zu Keynes, und Hansen macht schwerwiegende Fehler in Bezug auf die beschriebenen Gedanken, z. B. auf S. 97 (Ausgabe von 1953).

Geldgebühren und Investitionen

Wenn die besprochene Geldgebühr eingeführt würde, würden nicht nur die Liquiditätspräferenz und Zinssätze niedriger werden, sondern es wäre eben, falls gewährleistet, daß mit dem Gelde regelmäßig Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen gehalten würde. Dieser letztere Punkt, daß keine Gefahr eines Absinkens der monetären Nachfrage bestehen würde, ist nicht nur wichtig für den Absatz von Verbrauchsgütern, sondern auch für Investitionen, die einen bedeutenden Platz in der Keyneschen Wirtschaftsbetrachtung einnehmen. Zwei äußerst wichtige Dinge, die die Vollbeschäftigung verunmöglichen können, sind dabei: 1. Das positive Minimum, unter das die Zinssätze nicht absinken können (ohne Geldgebühr) und 2. eine sehr zinsunelastische, pessimistische Investitionsneigung. Eine dementsprechende Investitions-Skala

könnte in Figur 4, Quadrant A mit einer steileren Kurve, die mehr bei der i-Achse liegen würde, dargestellt werden. — Der erste Punkt wurde schon teilweise bearbeitet und es wurde erklärt, daß „Geldstillstandsgebühren“ dieses Hindernis überwinden würden; zu dem 2. Punkt soll nun mehr gesagt werden.

Wenn das Geld mit solchen Umlaufgebühren belegt wird, kann es nicht „streiken“, ohne fühlbaren Verlusten unterworfen zu sein, und damit kann eine optimistischere Nachfrage nach Investitionen herbeigeführt werden (vgl. die Kurve in Quadrant A von Figur 4). Die Verkaufsaussichten für die kurze und lange Periode, sowie andere Erwartungen werden dadurch sicherlich verbessert werden. Das setzt natürlich voraus, daß zusätzlich zu der Geldumlaufs-Steuerung weitere Vollbeschäftigungsmaßnahmen praktiziert werden, die Vertrauen einflößen, wie z. B. eine allmähliche Erhöhung der Geldmenge, die dem möglichen Zuwachs an Produktionspotential angemessen ist (und nicht zu einer Inflation führt). Jedenfalls, wenn Geldhortung und irgendwelche resultierende Wirtschaftsstagnation verhindert werden kann, klingen die Vollbeschäftigungsversprechen den potentiellen Investoren viel glaubwürdiger als z. B. die „Vollbeschäftigungspolitik“ der Regierungen Kanadas und der USA. Zumindest seit 1957 hat deren Wirtschaftspolitik es nicht verhindert, daß mehrere Millionen Nordamerikaner, oft für lange Zeit, arbeitslos wurden (und einige Volkswirte waren rasch zu Diensten, das gutzuheißen, auch indem sie den Prozentsatz der Arbeitslosigkeit, der angeblich mit Vollbeschäftigung vereinbar ist, von 2 oder 3 % auf 4 oder 5 % oder mehr hinaufsetzten, während die tatsächlichen Arbeitslosenprozentsätze in mehreren vollbeschäftigten Ländern jahrelang bei 1 % oder darunter lagen).

Nicht zuletzt ist vor auszusehen, daß mit den vorgeschlagenen Geldgebühren kein „collapse of the marginal efficiency of capital“, also kein „Kollaps der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“, wovon die Keynesianer sprechen, eintreten wird und daß die Investitionsfunktion im allgemeinen nicht sehr unelastisch sein wird. Dementsprechend habe ich im Quadrant A der Figur 4

die Kurve einer Investitions-Skala dargestellt, die einer Vollbeschäftigungssituation förderlicher ist als die Kurven, die sonst oft in solchen Diagrammen eingezeichnet sind. Letztere sind selbstverständlich auf der Basis des derzeit existierenden Geldes, das ohne Geldgebühren gehortet werden kann, gezeichnet worden. Auf dieser Basis darf man eben die Möglichkeit, daß die Unternehmer selbst nach Zinssenkungen nicht mehr investieren, nicht aus dem Auge lassen. Eine derart unelastische Investitionsfunktion würde natürlich mit einer praktisch vertikalen Kurve im Quadrant A ausgedrückt. — Die IS-Kurven, die später noch erwähnt werden, würden mit Geldgebühren ebenfalls günstiger aussehen für ununterbrochene Vollbeschäftigung.

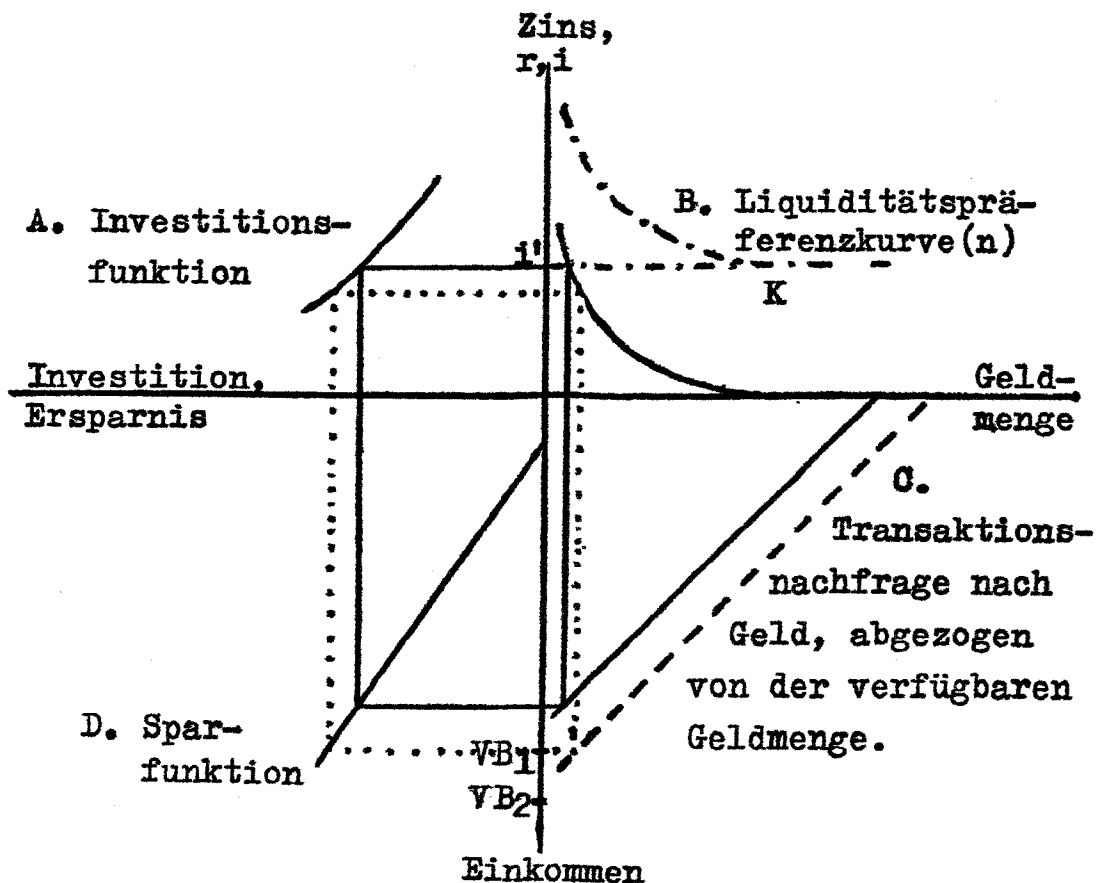
Ein modifiziertes „Keynessches“ Diagrammsystem

Vielleicht sollte Figur 4, die zumindest fortgeschrittenen Volkswirtschaftsstudenten durchaus verständlich sein

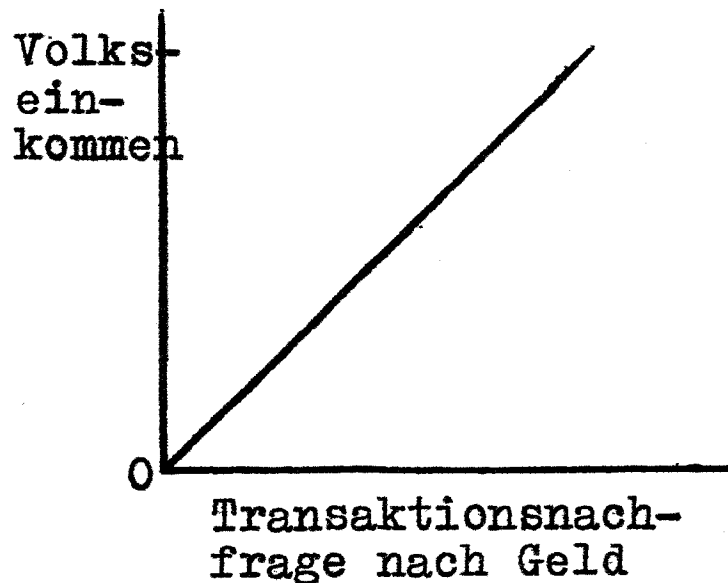
dürfte, noch zum Teil weiter erklärt werden. Die grafische Darstellung, die die Transaktionsnachfrage nach Geld als eine Funktion des Volkseinkommens zeigt (Figur 5) wurde auf den Kopf gestellt und umgedreht, so daß daraus, im Quadrant C der Figur 4, eine Gerade (je nach Gesamtgeldmenge) entsteht, die die jeweilige Transaktionskasse, abgezogen vom Gesamtgeldbestand, anzeigt. In Quadrant D wird natürlich die übliche Sparfunktion dargestellt. Wir können hier nicht weiter auf diese zwei Funktionen und ihre vielleicht möglichen Veränderungen eingehen.

Falls das Vollbeschäftigungsniveau bei VB_1 in Figur 4 liegt, kann Vollbeschäftigung selbst mit Erhöhungen der Geldmenge (z. B. laut gestrichelter Linie) nicht herbeigeführt werden, wenn die Untergrenze des Zinssatzes bei i' ist. Dies kann in den konventionellen Volkswirtschaften mit hortbarem Geld sehr wohl der Fall sein (s. die strichpunktierten Linien). Solch ein positives Zinsminimum würde in meinem Dia-

Figur 4



Figur 5



grammsystem nicht bestehen, z. B. in Figur 4 mit der niedrigen, soliden Liquiditätspräferenzkurve, nach der der Geldzins bis auf null fallen kann. Selbstverständlich ist nicht anzunehmen, daß solche LP-Kurven bzw. Liquiditätspräferenz-Skalen, die von ihnen dargestellt werden, immer genau gleich bleiben — in der Praxis dürften gewisse Schwankungen vorkommen, die aber unser Gesamtbild nicht ändern.

Im Gegensatz zu dem soliden Rechteck, das durch i' geht, zeigt das punktierte Rechteck, daß VB_1 mit einer größeren Geldmenge laut meinem Diagrammsystem erreicht werden könnte (das ist natürlich in Figur 4 sehr vereinfacht illustriert, aber bringt doch die wesentlichen Dinge richtig zum Vorschein). Sogar ein Vollbeschäftigungsniveau von VB_2 oder ein noch höheres (in Figur 4 nach unten gemessen) könnte erreicht werden. Weiters könnten Volkseinkommen und Beschäftigungsgrad in diesem System auch höher werden, weil die Investitionsfunktion in Quadrant A, wie schon begründet, dafür günstiger ist.

Eine von mehreren akademischen Nationalökonomern aufgeworfene Angelegenheit soll kurz erwogen werden: Ich schrieb, daß es sehr zweifelhaft sei, daß bei wirksamer Geldgebühr noch träge ruhende Geldbestände („idle“ oder „speculative balances“ nach Keynes) von ernsthaft störender Größe gehalten werden würden. Es war mir

natürlich klar und war auch aus meiner Figur 4 zu ersehen, daß bei einer Gebühr von etwa 3% wahrscheinlich immer noch einige — aber verhältnismäßig geringfügige — ruhende, spekulative Kassenbestände gehalten werden mögen. Aber aus Figur 4 kann auch ersehen werden, daß ohne die Senkung der Liquiditätspräferenzkurve diese spekulative Kasse viel größer wäre als es der soliden Kurve (Anwendung von Geldgebühren!) entspricht. Wenn z. B. vor dieser Verschiebung nach unten die strichpunktierte Kurve die gesamte Liquiditätspräferenz darstellen würde, müßte bei einem Zinsfuß von i' zumindest der Punkt K für das Ausmaß der spekulativen Kasse ins Auge gefaßt werden (hier muß auch sicherheitshalber gesagt werden, daß dies nur ein vereinfachter Vergleich ist, der jedoch die ganz wesentlichen Unterschiede herausbringt).

Einer der wenigen Fälle, in denen spekulative Geldhortung logischerweise nicht existieren dürfte, ist übermäßige Inflation. Z. B. in der deutschen Inflation in 1923 erreichte die Umlaufgeschwindigkeit laut N. Kaldor die Zahl von 200, eine nie wieder dagesessene Höchstgrenze. Nur mit einer äußerst hohen Geldgebühr könnte solch eine „Hyperinflationsgrenze“ der Umlaufgeschwindigkeit erreicht werden. Dieser Sachverhalt könnte auch durch eine sehr große Verschiebung der Liquiditätspräferenzkurve nach unten, wie

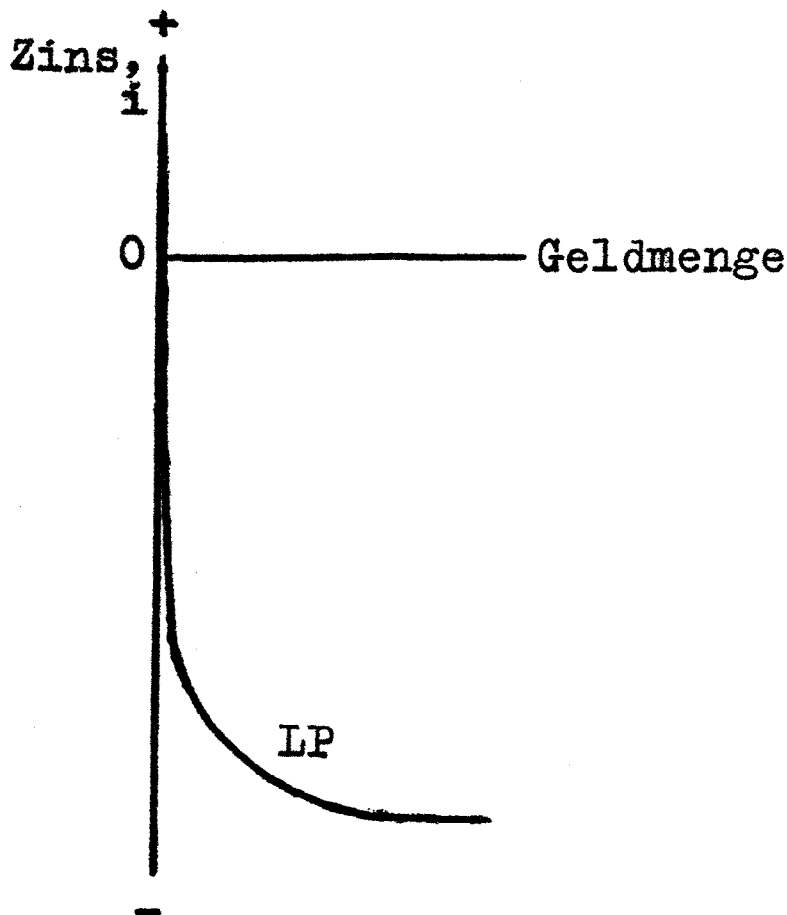
in Figur 6, dargestellt werden (z. B. selbst bei 0% Zins besteht dort so gut wie keine spekulative Kassenhaltung). Die LP-Kurve könnte sogar ein wenig anders aussehen, wie Prof. G. Ackley, z. Zt. der Haupt-Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten, und andere Volkswirte sie in ihren makroökonomischen Lehrbüchern gezeichnet haben (mit ziemlich baldiger Berührung der vertikalen Achse). Dann würde schon praktisch keine spekulative Kasse mehr bestehen, wenn geringere Geldgebühren eingehoben würden als die, die etwa der Figur 6 entsprechen (also der „Hyperinflationsgrenze“).

Wenn die Geldhaltung mit einer re-

In meiner Figur 1 würde die mit äußerst hohen Geldgebühren zu erreichende „Hyperinflationsgrenze“ der Umlaufgeschwindigkeit weit über der „normalen Obergrenze“ liegen. Solch übermäßig hohe Gebühren sollten nie eingeführt werden, nur um zu so etwas wie einer mehr absoluten oder hyperinflationären Obergrenze der Umlaufgeschwindigkeit und zu einem Minimum an spekulativer Kassenhaltung zu kommen.

Ganz allgemein sollte eine Geldgebühr, wenn sie einmal in der vorgesehenen Höhe (z. B. 3%) eingeführt ist, kaum jemals geändert werden — vor allem nicht nach unten (die Frage von

Figur 6



lativ hohen Gebühr belegt würde, könnten selbstverständlich die Zinssätze negativ werden. In der deutschen Hyperinflation waren die **nominellen** Zinssätze extrem hoch, aber doch nicht hoch genug, um die Geldentwertung aufzuwiegen. Die **realen** Zinssätze waren im allgemeinen sehr negativ.

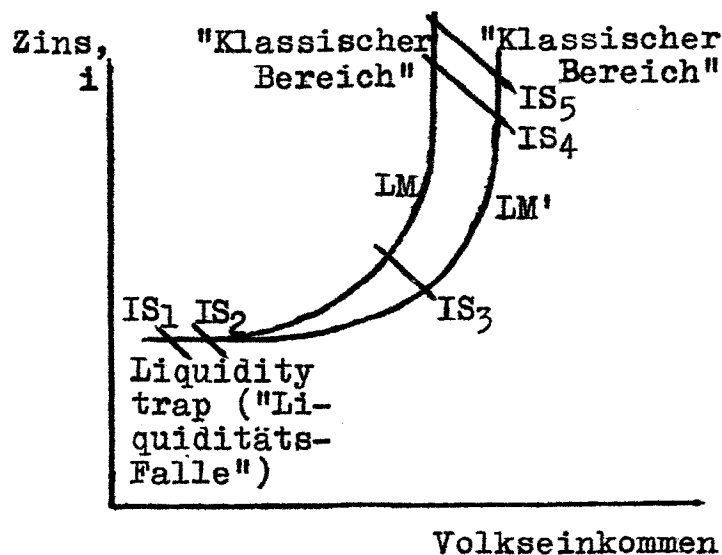
Kursverlusten bei Wertpapieren sollte dabei auch bedacht werden). Das spricht gegen die von Gesell vorgeschlagene Gebühr von 5,2%, die wohl nach einiger Zeit als zu hoch befunden werden würde und heruntersetzt werden müßte. Dann könnte diesem Geldgebühren-System Abbruch getan werden.

Zu hohe Gebühren waren u. a. auch den kanadischen und amerikanischen „stamp scrip“, also „Stempelgeld“-Experimenten der Depressionszeit abträglich.

Die meisten Volkswirte und Volkswirtschaftsstudenten kennen Diagramme wie Figur 7, die die IS-Kurve zeigt und auch die Kurve, die von A. H. Hansen „LM“ geheißen wurde, „L“ von J. R. Hicks und „LL“ in Schneider's „Einführung in die Wirtschaftstheorie“. Eine detaillierte Ableitung dieser wichtigen

Geldgebühren könnte es nötig werden, zu Fiskalpolitik Zuflucht zu nehmen, wie etwa zu zusätzlichen Regierungsausgaben, z. B. für Straßenbau. Dadurch könnte die IS-Kurve von IS_1 nach IS_2 verschoben und das Volkseinkommen erhöht werden. Im Zwischenbereich, in dem LM-Kurven ansteigen, aber noch nicht praktisch senkrecht werden, ist sowohl Geldpolitik wie Fiskalpolitik in unterschiedlichen Graden wirksam, wie beim Vergleichen der IS_2 ,

Figur 7



Kurven, die z. B. Schneider gibt, ist hier unmöglich. Verschiedene Positionen der IS-Kurve werden dargestellt, zusammen mit den Änderungen, die unter unserem derzeitigen Geldsystem durch eine Erhöhung der Geldmenge herbeigeführt werden können (eine Verschiebung der LM-Kurve nach rechts, beispielsweise zu LM').

Im Bereich der Keynes'schen „Liquidity-Falle“, in dem LM-Kurven horizontal verlaufen (vollkommene Elastizität), kann die heutige Geldpolitik nichts tun, um eine Erhöhung des Volkseinkommens herbeizuführen, und ohne

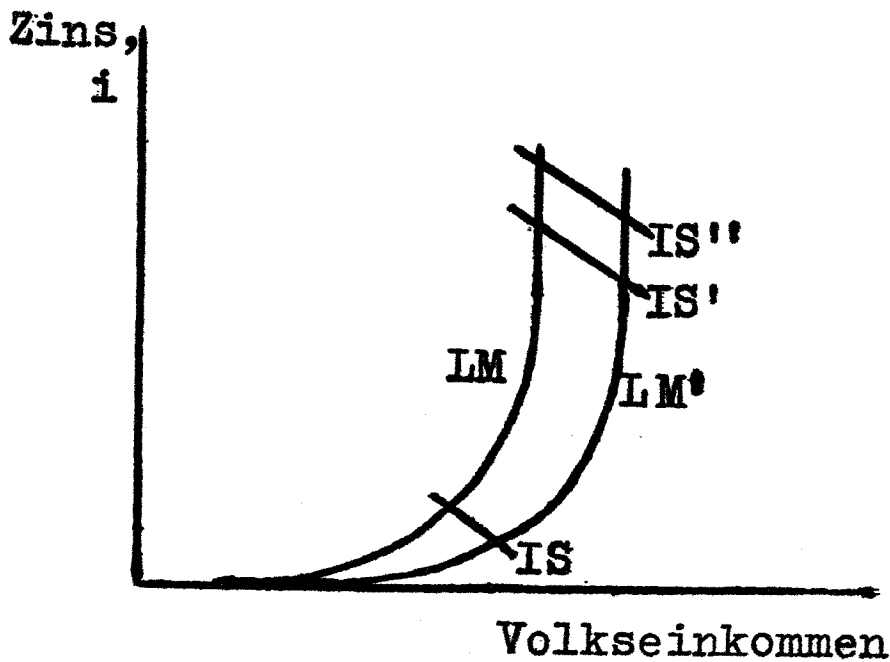
IS_3 , LM- und LM' -Kurven bis zum „klassischen Bereich“ („classical range“ mit vertikalen LM-Kurven) erkenntlich wird. Aber im „klassischen Bereich“ selbst ist Fiskalpolitik unwirksam, wie wir bei der Verlagerung von IS_4 nach IS_5 , die das Nationaleinkommen weder bei den Schnittpunkten mit LM noch mit LM' erhöht, sehen können.

Meine folgende grafische Darstellung entspricht etwa der Figur 7, ist aber unter der Voraussetzung gezeichnet, daß Geldgebühren (von vielleicht 3%) schon eingeführt sind. Dieses neue System (vgl. Figur 8) würde nicht nur

jede ernsthafte „Liquiditäts-Falle“ beseitigen, sondern sich auch — wie schon vor Figur 4 erwähnt — in IS-Kurven ausdrücken, die für ununterbrochene Vollbeschäftigung günstiger sind. Es ist aus Figur 8 zu ersehen, daß unter diesem System mit Maßnahmen zur Steuerung der Umlaufgeschwindigkeit sowie Geldmengenänderungen die Geldpolitik immer wirksam wäre, was aber von Fiskalpolitik nicht behauptet werden könnte. Dabei ist natürlich wieder klar, daß die LM-Kurven, wenn nötig, durch Geldgebühren weiter nach unten verschoben werden können.

Zweifel, die er in der „General Theory“ (besonders S. 358 bzgl. „Geldersatzmittel“) über einige Detailfragen ausdrückte, wurden schon oben von mir behandelt und Keynes selbst sah anscheinend seinen Denkfehler hinsichtlich „Ausweichmöglichkeiten“ vom umlaufsicheren Gelde ein (siehe Nachwort von Wilhelm Radecke in Karl Walkers Schrift „Die Überwindung des Kapitalismus . . .“, S. 19). Leider konnte ich keinen Einblick in den davon handelnden Briefwechsel zwischen Keynes und dem schon lange verstorbenen Berliner Volkswirt Dr. Franz Hochstet-

Figur 8



Das Endresultat meiner „Keyneschen“ Analyse ist nun ohne Zweifel genau so wie das, das aus meiner früher ausgearbeiteten „G·U“-Analyse hervorging. Mit Geldgebühren und vorsichtiger Geldmengenregulierung könnten wir ständige Vollbeschäftigung ohne Inflation haben.

Keynes war, wie schon bemerkt, im allgemeinen für die — wie er sagte — „gesunde Idee“, das Geld mit Durchhaltetechniken zu belasten. Die wenigen

ter bekommen, obwohl ich mich schon seit Jahren darum bemühe. Dr. Hochstetters Erben, die diese Korrespondenz haben könnten, sind anscheinend von Ostberlin weggezogen. Sollte ein Leser mir Näheres darüber mitteilen können, bitte ich, gleich mit mir in Verbindung zu treten, da es für meine Arbeit im englischen Sprachgebiet von großer Bedeutung wäre — besonders wenn ich den Wortlaut der Korrespondenz erhalten könnte.

Prof. Schneiders weitreichender kleiner Fehler

Es sei hier noch zugefügt, daß Prof. Erich Schneider in seiner „Einführung in die Wirtschaftstheorie — 3. Teil“ (8. Auflage, 1964) auf Seite 196, wie auch in seiner englischen Ausgabe (von 1962, S. 154) für den Fall eines Sinkens der Liquiditätspräferenz die Meinung ausdrückt, daß sich die LM-Kurven dann in der gleichen Weise nach rechts verschieben wie *ceteris paribus* bei steigender Geldmenge. Letzteres, betreffs der unzulänglichen Geldmengenpolitik, erwähnte ich oben im Satz vor Figur 7, doch scheint es in Bezug auf das Sinken der Liquiditätspräferenz unglaublich, daß die „8., verbesserte Auflage“ eines derart weit verbreiteten und besprochenen Buches immer noch eine solch unhaltbare Meinung enthält. Wie wir gesehen haben, verschiebt sich die LM-Kurve nach **unten** (auch unter den *ceteris paribus* Voraussetzungen), wenn die Liquiditätspräferenz sinkt, z. B. durch Einführung einer Geldgebühr. Eine Reihe von — teilweise namhaften — Volkswirtschaftsprofessoren (darunter P. B. Kenen), Dozenten etc. bestätigten mir die Richtigkeit meiner Ansicht, daß die Liquiditätspräferenz- und LM-Kurven durch solche Umlaufgebühren nach **unten** verlagert werden würden.

Das ist natürlich von ganz besonderer Bedeutung für die Beweisführung (speziell bei Nationalökonomern und anderen einflußreichen Leuten), daß diese Gebühren entscheidend zur Lösung von seither scheinbar unüberwindbaren, schweren Problemen beitragen können. Wenn ein durch Geldgebühren hervorgerufenen Sinken der Liquidi-

tätspräferenz wirklich nur dieselben Folgen hätte, wie eine Erhöhung der Geldmenge, würde die „Liquiditäts-Falle“ bestehen bleiben. Somit, wenn Schneiders Ansichten richtig wären, wäre es nicht gut möglich, daß die Geldgebühren u. a. einen sicheren Ausweg aus Rezessionen oder Depressionen darstellen würden. Dies scheint auch durch einige kurze Bemerkungen Schneiders in einem nach meiner Kritik dieses Punktes geschriebenen Briefe nicht klar geändert zu sein (es ist möglich, daß er, der gleichzeitig Professor, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik ist, seine Ansichten zu diesem Punkt noch eindeutig ändern wird, aber wegen anderer Beschäftigung seither nicht dazu kam, dieser Frage die Zeit und Aufmerksamkeit zu widmen, die zur vollständigen Ausarbeitung nötig sind).

Andererseits gebührt dem bekannten Geldexperten, Herrn Professor Dr. Dr.-Ing. Carl Föhl, dem ich später wegen der Frage der Auswirkungen eines Sinkens der Liquiditätspräferenz schrieb, besonders Lob und Dank für seine ausführliche Antwort, die das Verlagern der Kurven nach unten bestätigt. Er scheute nicht die Mühe und den Zeitaufwand, dieses Problem sehr sorgfältig durchzuarbeiten, und seine gründlichen, klaren Ausführungen dazu schließen 6 grafische Darstellungen ein, die jedoch hier nicht wiedergegeben werden können. Sie zeigen mit größter Genauigkeit, daß sich die LP- und LM-Kurven, die die wirtschaftlichen Gegebenheiten darstellen, beim Sinken der Liquiditätspräferenz nach **unten** verschieben.

Einige allgemeine Schlußbemerkungen

Leider befassen sich nicht genügend Volkswirte, Politiker und andere bedeutende Persönlichkeiten mit den oben erwähnten Ideen. Das wäre weiter nicht so schlimm, wenn — wie viele davon sagen — alles in guter Ordnung wäre. Aber nicht nur Inflation ist, wie schon ausgeführt, bedenklich, sondern wir haben auch keine Garantie, daß nicht wieder eine empfindliche Arbeitslosigkeit auftreten wird. (Nebenbei sei bemerkt: Sog. „Selbsthilfe-Aktionen“, die u. a. für gewisse, künstlich zinsfrei gehaltene Kredite an ihre Mitglieder eintreten — für die die Zinsen in unserem unreformierten Wirtschaftssystem doch indirekt von anderen Leuten subventioniert werden müssen — und in deren Kreisen manchmal eine dosierte Inflation befürwortet wird, ändern an den bestehenden Wirtschaftsgesetzen nichts und hindern deren Verbesserung, wenn sie sich selbst als „Lösung“ anpreisen und den Willen zur wirklichen, allumfassenden Lösung lähmen.) Besonders in Deutschland und Österreich sollte man sich daran erinnern, daß zwischen den beiden Weltkriegen die Große Inflation und später die Große Depression viele Menschen in einer derartigen Verfassung hinterließen, daß die folgenden Katastrophen leicht möglich wurden. Inzwischen hat man wohl von den (zumindest bis zur Großen Depression in deutschsprachigen Fachkreisen meistens verspotteten) Ideen Gesells und natürlich auch von Keynes etwas gelernt, so daß vielleicht keine derart fürchterliche wirtschaftliche Katastrophenpolitik mehr zu erwarten ist, wie damals.

Aber in Bezug auf die doch möglichen Gefahren für das Wohl der Menschheit ist die heutige Situation mit dem Wettrennen und viel furchtbareren Waffen wahrscheinlich noch schlimmer. Die jetzt wenigstens latent vorhandenen wirtschaftlichen Kriegsgründe, die mit

den oben erwähnten Reformen beseitigt werden könnten, verhindern eine wirklich friedliche Aufwärtsentwicklung. Z. B. dürften ernsthafte Schritte zur Abrüstung kaum unternommen werden, wenn es nicht ganz sicher wäre, daß keine bedeutende Arbeitslosigkeit folgen würde.

Wenn unsere Regierungen und Zentralnotenbanken ständige Vollbeschäftigung ohne Inflation garantieren könnten, hätten ausgezeichnete Leistungen unserer Volkswirtschaften (bei Verringerung des „arbeitslosen“ Einkommens) wahrscheinlich weitreichenden, guten Einfluß auf die kommunistische Welt, in der Volkswirte wie Liberman und Trapeznikov wichtige Änderungen vorgeschlagen haben, die teilweise schon eingeführt wurden. Dann könnten schließlich die Differenzen zwischen den beiden feindlichen Systemen friedlich beigelegt werden, anstatt auf kriegerischem Wege, auf dem die grundlegenden Probleme doch nicht gelöst werden können. Beide Seiten könnten dann einen besseren „dritten Weg“ gehen, der nicht nur Vollbeschäftigung, sondern auch nach und nach größere wirtschaftliche Gerechtigkeit und das Verschwinden des unverdienten Einkommens verbürgen würde.

Führende Nationalökonomien wie Prof. K. E. Boulding, Albert Hahn, Prof. Benjamin Higgins, Hugh Dalton und andere (neuerdings, im Bericht des Manufacturers Hanover Trust für April 1966, S. 1, auch Prof. Henry C. Wallich von der Yale Universität) machten die falsche Wirtschaftspolitik — besonders die Geldpolitik — und die völlig unzureichenden Theorien der meisten Volkswirte entweder für beide Weltkriege oder zumindest für den verheerenden 2. Weltkrieg verantwortlich. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätten Kriege durch Anwendung der — von der offiziellen Nationalökonomie ver-

nachlässigten — Ideen, wie die früher besprochenen, verhindert werden können. Ohne die Nachwirkungen der Inflationsverluste und ohne spätere, riesige Arbeitslosigkeit wäre Hitler wahrscheinlich nie zur Macht gekommen und der Menschheit wäre Furchtbares erspart geblieben. Es ist vollkommen ungerechtfertigt, die Schuld für die unangenehme Vergangenheit auf „Splitterparteien“ zu schieben und die Ratlosigkeit und falsche Wirtschaftspolitik der großen Parteien zu übersehen. Mit solchen Argumenten wurden (vorläufig) kleine Parteien durch undemokratische 5 %-Klauseln usw. im Bundestag mundtot gemacht. Dies ist besonders im Falle der Freisozialen Union FSU, die andernfalls schon vor Jahren mehrere Abgeordnete gehabt hätte (und die nun dazu kaum genügend Stimmen auf sich vereinen kann, weil viele Wähler fürchten, daß sie wegen der bestehenden Wahlklauseln ihre „Stimme verlieren“ würden), ein Verlust. Sie vertritt nämlich m. W. ähnliche Gedanken wie die oben ausgeführten. Zudem ist bedauerlich, daß Volksbefragung und Volksentscheid — teilweise mit ähnlichen „Begründungen“ — praktisch unmöglich gemacht wurden und wichtige Lösungen von Problemen, die sehr gefährlich werden können, auch auf diesem Wege nicht durchgesetzt werden können.

Die Zukunft wird lehren, wie viel schlechter die Resultate der ungerechtfertigten Hemmung von neueren, besseren Ideen noch werden können. Momentan überdeckt die inflationäre „Prosperität“ noch vieles Unangenehme. Doch ist es vielleicht nicht zu früh, daran zu erinnern, daß die Volkswirte, die in der Prosperität vor 1929 auch sehr wichtige Dinge sorglos übergehen zu können glaubten, bald ziemlich verzweifelt waren (wenn sie genügend Ge-

wissen hatten). Z. B. schrieb Prof. George Soule, daß Keynes die Volkswirtschaftslehre etwa auf den Stand brachte, den die laienhaften, intuitiven Schlußfolgerungen des gewöhnlichen Volkes schon erreicht hatten und daß er die Nationalökonomien rettete, die allgemein sehr an Ansehen verloren hatten und die „äußerst dringend einen Erlöser brauchten“ („Ideas of the Great Economists“, New York, 1955, S. 130).

Die Ansichten von anderen Experten, die das Obige eindrucksvoll illustrieren, könnten ebenfalls angeführt werden. Alle Nationalökonomien sollten sich darüber klar werden, daß sie eine Pflicht haben, viel bessere Lösungen der wichtigen wirtschaftlichen Probleme (auch der Inflation, die oft vernachlässigt wird) zu finden, gleichgültig, ob diese mit der derzeit noch herrschenden Lehrmeinung übereinstimmen oder nicht. Man könnte auch viele Volkswirte — und ihre Nachfolger, besonders im englischen Sprachgebiet — kritisieren, die sich in furchtbaren volkswirtschaftlichen Situationen nicht genügend um die Große Depression und andere Zeiten mit großer Arbeitslosigkeit kümmerten und vielfach solche Katastrophen für nützlich hielten (was sie auch waren — für Leute, die Geld horteten) oder zumindest für „natürliche“ Ereignisse. Wir beschränken uns jedoch darauf, festzustellen, daß der bekannte Prof. L. R. Klein nicht der einzige Nationalökonom ist, der bedauert hat, daß einige der oben beschriebenen Ideen kein Gehör finden konnten. In seinem Buch „The Keynesian Revolution“ (S. 152) drückt er die Hoffnung aus, daß ihnen in Zukunft „economists will give a sympathetic ear“, also daß die Volkswirte zumindest „sympathisch zuhören“ werden, anstatt sie — wie seither — großteils zu ignorieren.

Nachbemerkung

Wer mithelfen möchte, daß die in obigem Artikel von Mr. Bubeck enthaltenen Ideen, die in einer Broschüre abgedruckt werden, möglichst vielen Volkswirtschaftsstudenten und anderen — jetzt oder in Zukunft wichtigen — Leuten zur Kenntnis gebracht werden, überweise bitte einen beliebigen Geldbetrag an: Freisoziale Union FSU, Hauptgeschäftsstelle, 2 Hamburg 13, Postfach 2583, Fröbelstraße 6, Postscheckkonto Dortmund 492 99, mit Vermerk:

„Bubeck-Arbeit“.

Errata-Notiz

zu

Vollbeschäftigung ohne Inflation - Geldumlaufsicherung und deren Darstellung in einem „Keynesschen“ System

von C. Harry Bubeck

1966

Wir bitten, in der Broschüre von C. H. Bubeck ... einige Druckfehler zu berücksichtigen:

Auf Seite 18, Spalte 1, Zeile 6 sollte es „profitabel“ heißen; auf S. 26, Sp. 2, Z. 24 von unten: „Findlay“. S. 27, Sp. 1, Z. 19 von unten: „eben-“. S. 31, Sp. 1 Zeilen 7 bis 15 von unten sollten über Figur 7 stehen, da in anderem Zusammenhang dementsprechend darauf hingewiesen wird. S. 32, Sp. 1, Z. 3: Bei „vor Figur 4“ war „auf Seite 28“ vorgesehen.

Verlag der Informationen

Errata-Notiz

Wir bitten, in der Broschüre von C.H. Bubeck "Vollbeschäftigung ohne Inflation ..." einige Druckfehler zu berücksichtigen:

Auf Seite 18, Spalte 1, Zeile 6 sollte es "profitabel" heißen; auf S.26, Sp.2, Z.24 von unten: "Findlay". S.27, Sp.1, Z.19 von unten: "eben-". S. 31, Sp.1 Zeilen 7 bis 15 von unten sollten über Figur 7 stehen, da in anderem Zusammenhang dementsprechend darauf hingewiesen wird. S. 32, Sp.1, Z.3: Bei "vor Figur 4" war "auf Seite 28"vorgesehen.

Verlag der "Informationen"

Errata-Notiz

Wir bitten, in der Broschüre von C.H. Bubeck "Vollbeschäftigung ohne Inflation ..." einige Druckfehler zu berücksichtigen:

Auf Seite 18, Spalte 1, Zeile 6 sollte es "profitabel" heißen; auf S.26, Sp.2, Z.24 von unten: "Findlay". S.27 Sp. 1, Z.19 von unten: "eben-". S. 31, Sp. 1, Zeilen 7 bis 15 von unten sollten über Figur 7 stehen, da in anderem Zusammenhang dementsprechend darauf hingewiesen wird. S.32, Sp.1, Z.3: Bei "vor Figur 4" war "auf Seite 28"vorgesehen.

Verlag der Informationen

Verlag der „Informationen“ (Sonderdruck)
Geschäftsstelle: 2 Hamburg 13, Postfach 2583, Fröbelstraße 6

Copyright by C. H. Bubeck 1966